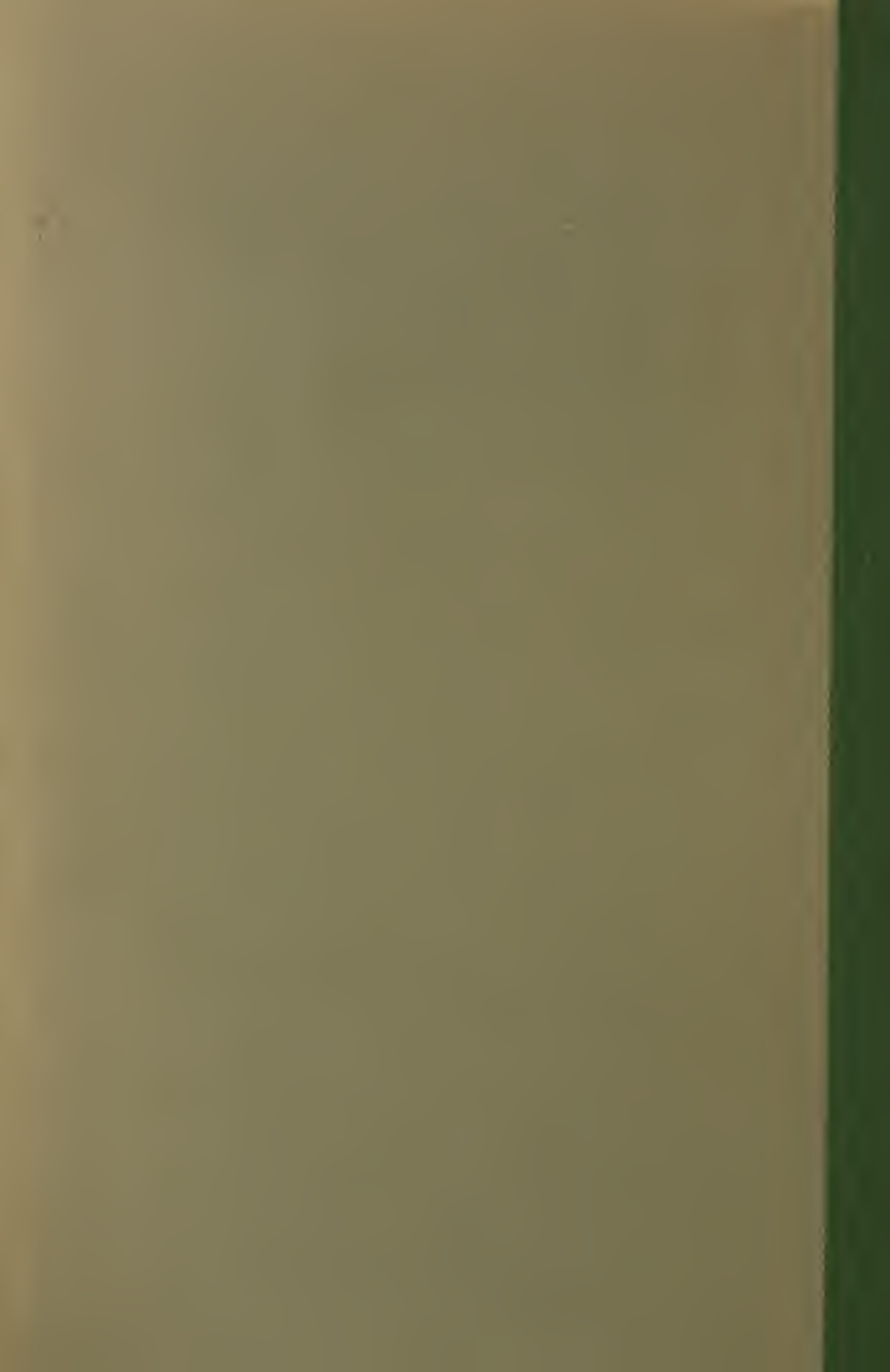




3 1761 07342073 9

De Kay, John
Der Geist der
Internationale in Bern,
([n.d.])

HX
13
I57
1919



20.000 1821

DER GEIST DER INTERNATIONALE IN BERN.

Von
JOHN DE KAY.

ZUSAMMEN
MIT DEM KERNE DER CHARAKTERISTISCHSTEN REDEN
UND DEM WORTLAUTE DER RESOLUTIONEN.

VOM AUTOR
ZUR KOSTENLOSEN VERTEILUNG
HERAUSGEGEBEN.

DER GEIST
DER
INTERNATIONALE
IN BERN.

VON
JOHN DE KAY.

Aus dem Englischen übersetzt :
CARL-ERNST und RITA MATTHIAS.

Vom gleichen Autor sind erschienen :

LONGINGS	1907
THE WEAVER	1907
JUDAS (A DRAMA)	1910
THOUGHTS	1911
BROWN LEAVES	1911
THE PEOPLE'S MONEY	1912
DICTATORS OF MEXICO	1914
LOVE AND OTHER SONGS	1916
IMMORTALITY	1916
DIE WELT-ALLIANZ	1917
*WOMEN AND THE NEW SOCIAL STATE	1918



HX


13

I57

1919

1071238

* Noch im Druck.



DER GEIST DER INTERNATIONALE IN BERN.

Unternehmen es die Historiker künftiger Generationen, einen vorurteilslosen Überblick von den grossen Augenblicken im Leben der Menschheit zu geben und die Bedeutung unserer Tage zu schildern, die vielleicht den Zusammenbruch des industriellen und kapitalistischen Systems sehen werden; verfolgen sie die Fäden rückwärts auf dem Wege, den diese Bewegung unaufhaltsam vorangeschritten ist, — so werden sie durch einen dumpfen Raum des Volkshauses in Bern kommen.

An der grossen Tragödie, in der wir agieren, sind wir zu beteiligt, um die volle Tragweite der Rolle zu verstehen, die jetzt auf der Weltbühne von denen gespielt wird, die in immer steigender und nicht niederzuzwingender Flut ringen. Nach mehr denn vier Jahren eines unverzeihlichen Krieges war die Unterzeichnung eines Waffenstillstandes das Zeichen zur neuen Hoffnung für die Menschheit.

Die Augen der Welt waren auf Paris gerichtet.

Das Vertrauen der Welt ruhte auf Paris.

Die Hoffnung der Welt hing an den Entscheidungen in Paris. Eine nach der anderen sanken diese Hoffnungen vor der kleinlichen Politik, Kurzsichtigkeit und Gier derer

dahin, die die Menschheit im Kriege vergessen hatten und sie in ihrer sogenannten Friedenskonferenz nun enttäuschen.

Die verschwenderischen Versprechungen, die in jedem Lande den betrogenen Massen gemacht wurden, offenbaren eine nach der anderen ihre Leerheit. Allmählich werden der Welt ihre Illusionen wieder genommen und zwar von denen, deren Beschäftigung es war, diese Illusionen zu schaffen.

In der ganzen Welt wächst das Misstrauen gegen alles, was in der Konferenz der Politiker zu Paris geschehen ist, und damit wächst der Zulauf zu jenen Reihen, wo internationale Gewalt sich in Bürgerkrieg auflöst.

Tag für Tag enthüllen sich einer betrogenen Welt die finsternen Absichten der Imperialisten und Plutokraten, und mit jeder neuen Enthüllung beginnen die Massen langsam die wirklichen Gründe zu begreifen, die so viel Unglück und Zerstörung veranlasst haben.

Während ich Ende Februar 1919 in meiner Bibliothek im einsamen Gebirge schreibe, ist es augensichtlich, dass ein tiefer und allgemeiner Mangel an Vertrauen zu der Schacherei, Ränkeschmiederei und Kompromisslerei, die in Paris vor sich gehen, eingerissen ist. Es besteht ein Unterstrom von Zweifel, Angst und schlimmer Ahnung, den widerzuspiegeln die Presse sich hütet.

Die Massen sind überall aller der alten Gemeinplätze, Ausflüchte und Lügen verzweifelt müde. Nach vier Monaten sogenannten Friedens sind sie totkrank von dem Druck der allgemeinen Himalayas aus Pässen, Zensuren und Spionen.

Sogar dumme Menschen begreifen, das ist kein Friede, und kluge wissen, die jetzigen Stunden sind nur eine unangenehme Pause zwischen dem grossen Sturme, der abzieht, und dem grösseren, der naht.

Es gibt eine unbeschreibliche „Atmosphäre“ um die

Entscheidungsstunden im Leben der Menschen und Nationen, ein Etwas in der Luft, das Ereignisse verkündet und allen Beratungen, ja sogar Zwischenfällen, die unter weniger heroischen Umständen unbeachtet blieben, Farbe verleiht. In dieser seltsamen „Atmosphäre“ kann man die Bedeutung dessen, was vor sich geht, finden, — wenn man sie überhaupt finden kann.

Vom Sonntag, den 2. Februar an, als Männer wie Naine und Graber für eine Allianz des Schweizervolkes mit seinen Genossen der ganzen Welt plädierten, bis zum Singen der „Internationale“ abends 7 Uhr am 10. Februar — als der gute alte Kautsky rief: „Es lebe die Internationale!“ und irgendwer antwortete: „Es lebe Kautsky!“ — fühlte man durchdringend die Ohnmacht der Menschen, die den Lauf eines Riesenstromes, der alles mit sich reisst, zu hemmen suchen. Es war die allgemeine Empfindung, die Konferenz habe ihr Bestes für die Menschheit getan; damit verband sich die bedauernde Überzeugung: das, was getan war, war völlig ungenügend im Verhältnis zur Grösse dessen, was auf dem Spiele stand, aber wiederum, dass es tatsächlich ein Beginnen war, das ohne Aufschub zu grösserem und entscheidenderem Beschluss weitergeführt werden musste, sollten die Menschheitsinteressen in dieser höchst kritischen Stunde wirksam gewahrt werden.

Die Meinungen, die ich ausdrücke, sind persönliche. Ich masse mir nicht an, die Ansichten irgendwelcher Delegierten der verschiedenen Nationen wiederzugeben, deren nahen und sympathischen Verkehr ich in diesen historischen Tagen genoss und den ich immer in seiner wahren Bedeutung zu schätzen wissen werde. Von früh am Morgen bis spät in die Nacht war mein Zimmer im Bernerhof der Treffpunkt für die Führer sämtlicher Delegationen, und ich vermag es zu wissen, dass ihre Stimmen nur für das allgemeine Wohl erhoben wurden. Bin ich irgendwie

fähig, menschliche Motive zu beurteilen, so kann ich in meiner Behauptung nicht fehlgehen, dass von der ersten bis zur letzten Stunde nicht die geringste persönliche Eigennützigkeit bei irgendeinem vorhanden war, der die Massnahmen mit mir diskutierte, die jetzt getroffen werden könnten, um unseren Mitmenschen einen wahren und dauernden Dienst zu erweisen. Derselbe Geist erfüllte alle Besprechungen der Komitees und war ebenso die Dominanz in allen wichtigen Reden an der Konferenz.

Was auch der Eindruck sein mag, der dem Publikum von der Presse gegeben wurde, die Wahrheit ist, dass die in Bern versammelten Männer im Grunde am ehesten berechtigt sind, im Namen der Menschheit zu sprechen, und am besten befähigt, ihrem höchsten Gut zu dienen. Das sind die Männer, auf die die Massen mehr und mehr blicken müssen und werden, um in den neuen Phasen der grossen Kämpfe Führung und Schutz zu finden, der Kämpfe, von deren Ausgang das materielle und soziale Wohl der Menschheit abhängt.

Vor mir liegen die Texte der Hauptreden, von ihren Sprechern korrigiert und unterzeichnet, und ein stenographischer Bericht der ganzen Verhandlung, was ich zu veröffentlichen hoffe als vollständige und bleibende Urkunde zuhanden der internationalen Arbeit und sozialen Bewegung wie als ein Dokument von erster Wichtigkeit für den Historiker.

Gleichermassen habe ich die Originaltelegramme und Zuschriften aus allen Weltteilen vor mir, zusammen mit den verschiedenen Dokumenten, die auf offiziellem und unoffiziellm Wege der Konferenz eingereicht wurden. Übt man alle Nachsicht an dem Einschlag menschlichen Egoismusses, den einige mit Bezug auf Land und Politik zeigen, so spiegelt sich in ihnen eine bedeutende Weltzuversicht wider zu den Motiven und auch zu der grossen

möglichen Macht der Versammlung, an die sie gerichtet sind. Als menschliche Dokumente und als Zeichen wachsender Verzweiflung an der Pariser Konferenz haben diese Zuschriften einen hohen psychologischen und historischen Wert.

Als Antwort auf meine Frage, wie viele Menschen in Bern repräsentiert waren, schreibt mir Camille Huysmans, der Sekretär der Internationale seit 1905, folgendes:

„Es ist ganz unmöglich, irgendwelche genauen „Ziffern anzugeben, welche Kräfte in Bern repräsentiert waren.

„Vor dem Krieg umfasste die Internationale „zwischen zehn und zwölf Millionen Mitglieder, die „durch ihre nationalen Abteilungen angegliedert wurden. „Jetzt ist es immer noch möglich, eine solche Aufstellung für einige Länder zu machen. Die Britische Delegation repräsentierte vier und eine halbe Million Mitglieder, die beiden französischen Delegationen repräsentierten eine Million Mitglieder, die Canadische Delegation repräsentierte 500,000 Mitglieder.

„Aus Sonderumständen, die der Krieg in bestimmten Ländern geschaffen hat, bleibt die alte Grundlage „für die Aufstellung der Zahlen nicht bestehen. Dieses „ist folgendermassen zu illustrieren:

„Die Deutsche Delegation kam im Namen aller „Sozialisten- und Arbeiter-Wähler ihres Landes, das „ungefähr zwölf Millionen Wähler der Mehrheitssozialisten und ungefähr drei Millionen der Unabhängigen zählt. Die Lettische, Estnische und Georgische Delegation repräsentierte einen grossen Teil ihrer Völker. Die russischen Ziffern sind vollständig unbekannt. Sie können eine Million oder zehn Millionen betragen. Die Ukrainer, die am Schlusse der Konferenz ankamen und offiziell die Branting-Resolution an-

„nahmen, repräsentierten eine Nation von vierzig Millionen, in der sie die Mehrheit bilden.

„Anstatt also von zwölf Millionen zu sprechen, „können wir ohne die geringste Übertreibung von mehr „als fünfzig Millionen Männern und Frauen sprechen, „und wollen wir die Sympathisierenden dazurechnen, „können wir leicht diese Aufstellungen vervielfachen.“

Gleichzeitig mit dieser Konferenz fand eine internationale Syndikalistenkonferenz in dem Unionssaal des Volkshauses statt. Ich war bei der Eröffnung zugegen und erhielt einen tiefen Eindruck, wie die verschiedenen Delegierten den Raum betraten, einander über die vier Jahre internationalen Hasses und Mordes hin begrüßten und ihre Obliegenheiten in der unzeremoniellen Art von Arbeitern begannen, die ihr Werk aufnehmen.

Die französischen und deutschen Delegierten trafen sich weder als Feinde noch als Freunde, sondern als Mitmenschen, die gemeinsam aus gemeinsamer Quelle gelitten hatten und die wiedererkennen, dass diese Quelle eine internationale Kaste war, welche durch die ganze Welt ihre *internationalen* und identischen Interessen verfolgte, indem sie die Verwirklichung ihrer *temporären* und *materiellen* Ziele in der Ausbeutung der Gefühle und des *Nationalismus* der Massen fand, die doch in allen Nationen ein gemeinsames Interesse haben und *national* in nichts sind ausser in Tradition, Name und Vorurteil.

Während des ganzen Nachmittags fand eine massvolle Debatte über die internationale Arbeitsgesetzgebung statt und die Menschheit wird sich eines Tages wundern, dass die heutigen Forderungen an die Klassen der Arbeitgeber jemals so gemässigt waren. Es lag etwas wirklich Rührendes in dem mir vorliegenden deutschen Vorschlag, der Arbeitstag sollte ein Maximum von

ZEHN Stunden umfassen, ausser für gewisse Maschinenarbeit, wo er achtstündig sein sollte — und die Arbeiter sollten sechsendreissig Stunden hintereinander frei haben! Es nimmt mich wunder, was die schwerarbeitenden Diplomaten, Advokaten, Munitionsfabrikanten und die Piraten der hohen Finanz einer Gesellschaft antäten, die ihnen eine ähnliche Lebensführung und für ähnliche Löhnung auferlegte.

Den Abend verbrachte ich mit ungefähr fünfundsechzig der syndikalistischen Delegierten. Sie waren meine Gäste zu etwas, das ich aus Grossmut gegen die Wirtschaft des Volkshauses ein Diner nennen will.

Das wichtige für mich, der die Sache als Aussenstehender überblickte, war, dass diese Männer, die gestern gezwungen waren, Hass gegeneinander zu heucheln und einander totzuschlagen, in Gefühl und Interesse Genossen waren und im Leiden Brüder. Zu meiner Linken sass der Sekretär des schweizerischen Gewerkschaftsverbandes und zu meiner Rechten der Sekretär einer ähnlichen deutschen Organisation. Uns gerade gegenüber am Tische sassen zwei Franzosen, die ähnliche Stellungen in den französischen Seemanns- und Eisenbahner-Verbänden innehatten. Irgendwelches Anzeichen von wirklichen oder eingebildeten Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen Männern fehlte vollständig. Wiederum ziehen sich die Fäden der Arbeiterorganisationen über die Barrikaden hinweg, die von den Imperialisten errichtet wurden. Der gemeine Mann muss diesen Fäden nachgehen bis zu einem dauerhaften Weltbund für den Schutz seiner gemeinsamen Interessen, für die Förderung des Wohlergehens und die Behauptung der Würde seiner Klasse.

Sagt man, der reinen Gewerkschaftsbewegung fehle das Ethische der sozialen Bewegung, so muss gleichzeitig gesagt werden, es ist eine ökonomische Organisation

derer, die der Industrialismus unter den ökonomischen Rang der Maschinen gedrückt hat, und es ist ein ökonomisches Gegengewicht zur Organisation der Maschinen. Man kann weiter sagen, es ist leichter, Menschen auf der Basis ihrer Interessen wirksam zu vereinigen als auf irgend einer Überzeugungsebene; und dann kann die Gewerkschaftsbewegung die sein, durch welche die soziale Bewegung ihre Weltkräfte empfängt, um die universelle politische Aktion zu den höchsten sozialen Zielen hin auszuführen. Es bestehen keine Anzeichen, dass Menschen auf der Basis ihrer ökonomischen Interessen vereint weniger zum einheitlichen Vorgehen befähigt wären als auf irgend einer anderen Basis vereinte. Die Erfahrung mit der Menschheit bestätigt eher das Gegenteil, da es diese Basis ist, auf der Ausbeutung und Imperialismus gedeihen und Kriege veranstaltet werden, die jede Ethik vergewaltigen und jedem sozialen und menschlichen Instinkte zuwiderlaufen.

Es scheint klar, dass der Weg zu einem wahren sozialen Gemeinwohl durch das Stadium ökonomischer Unabhängigkeit der körperlichen und geistigen Arbeiter in der ganzen Welt gehen muss.

Die beiden grossen in Paris und Bern repräsentierten Weltkräfte stehen einander jetzt gegenüber, nicht an eingebildeten nationalen Grenzen, sondern innerhalb der Grenzen jeglicher Nation — und dies universelle soziale Problem, durch einen schamlosen Krieg zur akuten Frage gesteigert, ist es, das jetzt verhandelt werden muss.

In einigen Ländern hat es die Grenzen friedlicher Lösung überschritten und in keinem grossen Lande ist eine friedliche Lösung gesichert.

Das ganze Gesicht des sozialen Problems in der gesamten Welt könnte durch die Pariser Konferenz verändert werden. Es zeigt sich, dass gewisse Delegierte mit

Bestürzung den Lauf der Dinge sehen, den zu beherrschen sie nicht gewachsen sind, und dass gewisse Elemente in Paris vorhanden sind, die, wären sie mit der grossen Bewegung in Bern vereinigt, noch die Welt vor dem Unheil zu bewahren vermöchten, das grösser zu werden droht denn der Krieg.

Es ist die Pflicht derer, denen das Interesse der Menschheit am Herzen liegt, zu tun, was in ihrer Macht steht, um eine solche Vereinigung der Kräfte herbeizuführen.

Alles, was in Bern verlautete, zeigte, dass die, welche in Wahrheit im Namen der Arbeit sprechen, in der ernsten Hoffnung geeint sind, die gegenwärtige Krisis möge eine friedliche Lösung finden; doch es muss auch gesagt werden, sie bleiben fest und entschlossen geeint, welche Form diese Lösung auch immer annehmen mag.

Ich will kurz und genau die Forderungen von Bern zusammenfassen. Sie sind:

1. Vollständige und allgemeine Abrüstung als die einzige Basis, auf welcher eine Liga der Nationen gegründet oder der Weltfriede gesichert werden könnte.

2. Die Liga der Nationen soll nicht ein Abkommen zwischen Diplomaten sein und den auswärtigen Ämtern verantwortlich; sie soll nicht ein blosses Bündnis zwischen Regierungen, sondern ein tatsächlicher *Bund der freien Völker* sein, der direkt von den Völkern kontrolliert wird und ihnen direkt verantwortlich ist.

3. Sie soll nicht ein blosses Bündnis unter einer Gruppe der kriegführenden Staaten, sondern ein allgemeines Abkommen unter allen Völkern sein, als der wesentliche Schritt zu einer gerechten sozialen Ordnung, die schliesslich eine allgemeine Menschenverbrüderung begründet.

4. Die unglaublichen Schulden, die gemacht wurden,

um Ausbeuter profitieren zu lassen, sollen nicht durch die unterbezahlte Arbeit von Generationen von Männern, Frauen und Kindern bezahlt werden, sondern durch die Enteignung allen persönlichen Gewinns, der durch den Krieg gemacht wurde und nun dazu verwendet werden soll, die Kriegsschulden zu tilgen.

5. Die alte Politik des eingeschränkten Handels muss durch eine neue Politik allgemeinen Freihandels ersetzt werden, und der internationale und koloniale Wettkampf des Imperialismus und der Hochfinanz soll durch die geordnete Entwicklung rückständiger Länder in den Volksinteressen ersetzt und von der Arbeitsausbeutung befreit werden sowie von der parasitischen Finanz, deren Manipulationen gegen die Interessen der Gläubiger-Nationen, deren Hilfe man sucht, gemacht werden.

6. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, grosser und kleiner, soll allgemein sein und unparteiisch geschützt. Es soll ein stetiges Recht sein, und auf dieses Prinzip hin sollen keine eisernen Grenzen in irgend einem Teile der Welt gezogen und keine Einschränkung wider irgend ein Volk versucht werden, das frei in seiner nationalen Entwicklung einer Richtung folgt, die jederzeit sich seinen nationalen Gefühlen anpasst.

7. Die Rechte der Arbeit zu schützen und ihre Mindestforderungen in der ganzen Welt zu sichern, soll eine der anvertrauten Aufgaben sein, zu deren treuer Erfüllung sich die Liga der Völker feierlich verpflichten soll. Es ist inbrünstig zu hoffen, dass keine andersartige Liga der Nationen die Unterstützung der arbeitenden und sozialistischen Klassen erhält, wie eine, in welcher der Schutz der elementarsten und heiligsten Menschenrechte wirksam und allgemein gesichert werden kann.

Diese grossen Körperschaften sollten ohne Aufschub ein Weltparlament schaffen, das für die Interessen der

Arbeitermassen in allen Ländern einsteht und dem Schutz der allgemeinen sozialen Wohlfahrt ohne Unterschied der Rasse, Nationalität und Religion gewidmet ist. Solches Weltparlament sollte drei- oder viermal jährlich in den Hauptstädten der verschiedenen Nationen zusammen-treten. Es sollte aus allgemeinem Fond mit seinen eigenen Parlamentgebäuden und Mitteln versehen werden; es sollte seinen exekutiven Vollzugsrat wählen und solchem Rate oder Kabinette die Macht anvertrauen, Entscheidungen durchzuführen und das Parlament im Falle einer Krisis zusammenzurufen; und bei den Entscheidungen eines solchen Parlaments sollten die Arbeiterschaft und der Sozialismus der ganzen Welt beharren und auf seine Befehle hin handeln.

Es ist keine Zeit zu verlieren, um diese einzigartige Körperschaft zu schaffen und diese einzige, durch die Ausbeutung und Kriege abgeschafft werden können.

Jetzt ist nicht die Zeit, über Land zu hadern und mit der Verteilung und Behandlung der Kolonien und strategischen Punkte zu schachern wie etwa mit Konstantinopel, das die Alliierten einer Nation nach der anderen versprochen haben, bis es wahrscheinlich England ausgehändigt wird, um es für die Liga zu verwalten, oder — wegen Rivalschaften in Handel und Politik — den Türken gelassen!

Jetzt ist nicht die Zeit, Rachemassregeln wider eine oder die andere Nation zu hegen oder anmassend gegen geschlagene Menschen aufzutreten, deren Verzweiflung zu einer Art sozialen Erhebung führen wird, die alle nationalen Grenzen überfluten wird. Heute ist dies nur eine Möglichkeit, bald aber kann es Wirklichkeit sein.

Die Gegenwart ist eine Zeit, wo nur Versöhnung unter den Menschen, innerhalb aller Staaten und international, durch die endgültige Unterdrückung des sozialen

Parasitentums das retten kann, was von unserer westlichen Zivilisation gerettet zu werden verdient. Kommen nicht Offenheit, Gerechtigkeit, Ethik und weitsichtiges soziales Begreifen, so wird ohne Zögerung die Unzufriedenheit allgemein werden und bald über jede vernünftige Beherrschtheit brechen.

Als einer, der mit den Plutokraten verkehrt hat, ihre Anmassung und Verblendung kennt und weiss, wie widerstrebend sie an irgend etwas ausser an die Allmacht ihrer eigenen Kraft glauben, fühle ich, sie werden nur unter dem Druck der direktesten und unwiderstehlichsten Art in einer neuen und vernünftigen Weise handeln. Ich warne sie, hüten sie sich nicht vor diesem Druck, bevor seine grosse Gewalt offener in Aktion tritt, so wird es zu spät sein, um sich davor zu hüten.

Allmählich gewinnt das Gefühl an Boden, dass das Unterhandeln versagt, und gleichzeitig mit diesem Gefühle verschwinden die Begriffe gesetzlicher Handlungsweise aus den Hirnen der Menschen. Das ist ein gefährliches Zeichen, das jeder, wer Augen hat, sehen kann. Es trägt eine unheimliche Inschrift, die nicht übergangen werden darf.

Der tiefe Strom, der unter dieser Bewegung fliesst, und der weite Horizont, der sich darüber breitet, wurden von meinem Freunde Camille Huysmans in sechs Worte zusammengefasst:

„Kein Krieg mehr.“

Alles ist möglich.“

Es darf kein Irrtum darüber möglich sein, was diese Wort heissen. Soll es „*keinen Krieg mehr*“ geben, heisst es vollständig abrüsten für jede Nation. Und soll „*alles ist möglich*“ nicht in allgemeine Gewalt übersetzt werden, heisst es, die, die jetzt die Menschheit mit Industrialismus und Regierungen beherrschen, müssen es

durch Versöhnlichkeit und Verhandlung dem Arbeiter der ganzen Welt ermöglichen, ohne Aufschub seine natürlichen und legitimen Forderungen zu verwirklichen. Diese sind mit grosser Mässigkeit in den hier veröffentlichten Resolutionen und Reden vorgelegt.

Es wird gut für die sein, in deren Händen das Schicksal der Menschheit *vorübergehend* in Paris ruht, tragen sie den mässigen Forderungen der geduldigen Menschen volle Rechnung, die in Bern repräsentiert waren und die die Klasse repräsentieren, welche in Zukunft die Welt beherrschen wird.

Der Plan einer sogenannten Liga der Nationen, wie er in Paris aufgefasst wird, kann nicht bestehen. Tatsächlich fehlen im Pariser Entwurf alle die Bedingungen, die wesentlich sind, um eine echte Liga zu gründen.

Ich empfehle diese Seiten hier der Erwägung aller, die eine Stimme in den Angelegenheiten der Menschen haben, mit der ernstesten Warnung, wird die Botschaft der Internationale in Bern nicht unverzüglich beachtet, so wird es kein Entrinnen geben vor Gewalt und Diktatur, und entgegen den offiziellen Berechnungen wird Gewalt vor Diktatur kommen.

Dieses Unheil sollte und könnte noch vermieden werden, folgt man den Richtlinien, die ich andeutete. Werden diese ausser acht gelassen, so wird jede physische Kraft, die irgend angewandt werden kann, nicht mehr Macht haben als einer, der seine Hand hebt, um einen Orkan aufzuhalten, der unglücklicherweise seinen Weg fährt und alles mit sich reisst.

JOHN DE KAY.

Schloss Steinhof, Luzern,
22. Februar 1919.

Der Kern
einiger der charakteristischsten
Reden.

ERÖFFNUNGS-REDE BRANTING'S.

Bern, den 3. Februar 1919.

Genossen von der Internationale

aller hier vertretenen Länder!

Der Krieg, der die Welt verheerte, war nur möglich in einer kapitalistischen Gesellschaft, welche bestrebt war, die Internationale, solange sie bestanden hat, abzuschaffen.

Schon seit Stuttgart 1907 stand bei uns der Kampf gegen Krieg und Militarismus im Vordergrund. Wir hatten alle ein Vorgefühl, welche Kräfte den Weltfrieden gefährdeten, in einer Gesellschaft, die nicht nur der kapitalistischen Ausbeutungspolitik freies Spiel gab, sondern ausserdem in grossen Teilen der Welt eine Machtkonzentrierung bei feudalen Kasten aufrecht hielt, die mit den wirklichen Stimmungen der Völker keine Fühlung hatten und ohne jede Verantwortung waren. Noch 1912 konnte die Internationale in Basel ihre Stimme gegen den schon drohenden Weltkrieg erheben. Als aber 1914 die noch mehr verschärften Gegensätze zutage traten und obendrein verbrecherische Hoffnungen auf einen Krieg, der einem einzigen starken Volke die Weltherrschaft schnell bringen sollte, alle Versuche friedlicher Ausgleichs vonseiten der Demokratien des Westens vernichteten, so ist statt dessen die Internationale selbst der Weltkatastrophe zuerst zum Opfer gefallen.

Die Machthaber gewisser Länder haben es fertig gebracht, die Wahrheit vollständig zu verschleiern und dem ganzen Volke den Glauben einzuflössen, dass es sich nur

darum handle, Land und Leben gegen einen ruchlosen Überfall zu verteidigen.

Die Urteile über frühere Kameraden fielen um so bitterer aus, je weniger man von der anderen Seite des eisernen Vorhanges es verstand, wie es ihnen fast unmöglich gemacht wurde, das zu sehen, was von aussen so sonnenklar erschien, nämlich, dass man hier an einem weltgeschichtlichen Verbrechen teilnahm, worauf wieder eine weltgeschichtliche Vergeltung folgen musste.

Ich werde mich von diesem Platze aus in dieses Thema nicht vertiefen. Ich wollte es aber in diesen ersten Worten der Konferenz nicht beiseite lassen. Wir müssen uns nämlich alle sagen, dass klare Aussprache in diesen Dingen in der Fortsetzung unserer Debatten unausbleiblich werden wird. Es ist ausserdem meine tiefe Überzeugung, dass nur durch eine offene Aussprache in diesen Dingen die Atmosphäre geschaffen werden kann, in welcher der Aufbau eines neuen Vertrauens zwischen denen, die doch alle zum selben Ideal emporstreben, möglich sein wird. Die Wahrheit hat eine Macht wie nichts anderes. Würden wir eine künstliche Eintracht auf Schweigen und Vertuschen aufzubauen versuchen, so wäre jeder solcher Bau innerlich hohl. Noch gilt für uns, wie für die grossen Verstorbenen des Sozialismus, die Losung der ersten Internationale, dass wir Wahrheit, Recht und Sitte, als Grund der Verhältnisse zwischen Nationen, wie zwischen den einzelnen Bürgern, anerkennen.

Indem wir folglich keinen Fragen von Verantwortung aus dem Wege gehen, ist es jedoch selbstverständlich, das wir alle deswegen hier versammelt sind, weil uns in erster Linie der Zukunft gegenüber Pflichten obliegen.

Wir haben es nicht vergessen, wie die erste Internationale nach dem Sturze des französischen Kaisers in

Sedan einen anständigen Frieden mit der französischen Republik gefordert hat, und wie Bebel und Wilhelm Liebknecht einer verwilderten nationalistischen Volkstimmung ihres Landes Trotz boten, welche die Annexion von Elsass-Lothringen gegen den klaren Willen der Bevölkerung verlangte. Es kann jetzt an uns die Reihe sein, mit derselben Bestimmtheit gegen den Annexionismus, von welcher Seite er auch kommen mag, vorzugehen, und im Namen der gesamten sozialistischen Demokratie Europas anständige Friedensbedingungen zu fordern für die neuen Republiken, welche aus den Ruinen der alten Kaiserreiche entstanden sind. Schon die Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten im Februar 1915 hat deutlich betont, dass der Krieg nur gegen die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk geführt werde. Es wäre unfair, wenn jetzt die Arbeiterklasse wegen der Verbrechen ihrer früheren Herrscher ganz verbluten, und mit der Zivilisation unvereinbar, wenn sie sogar teilweise zur Zwangsarbeit verurteilt werden würde. Für die Sieger ebensogut wie für die Besiegten, für die permanent oder zufällig starken, für die permanent oder zufällig schwachen Völker muss der einzige dauerhafte Grund gelten: das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen.

Kapitalistische Kreise verschiedener Länder melden sich mit Ansprüchen auf Entschädigungen und Gewinne. Auch der edelste Idealismus bei einzelnen kann nicht den allgemeinen Charakter des Kapitalismus aufheben. Der Kampf für private Interessen, für Macht und ökonomische Vorteile muss sich durchsetzen. Erst der Sieg der Arbeiterklasse, der das Produktionssystem der bürgerlichen Ausbeutung beseitigt, kann in der Gesellschaft allen das gleiche Recht sichern auf dem festen Boden der Demokratie und im Rahmen des Völkerbundes dasselbe gleiche

Recht gegen Vergewaltigungen von seiten des Stärkeren begründen. Wie Paris jetzt zum Sammelpunkt der herrschenden Klasse geworden ist, so könnte auch Bern den Sammelpunkt der Arbeiterklasse abgeben.

Bern muss die Kontrolle der Arbeiterschaft werden. Bern muss die selbständige Zentrale der Arbeiterklasse werden, um jene Gedanken im sozialistischen Geiste weiter zu führen.

Genossen, wir stehen in einer Umwälzungsepoche, wie sie noch nie da war. Die alte Welt, die vor dem Kriege bestand, die Welt des Kapitalismus im Kampfe gegen einen vordringenden, aber noch unterliegenden Sozialismus wird nie zurückkehren, wie wir sie früher kannten. Die Umschüttelung der Welt, die geschehen ist, macht eine Rückkehr zum Alten unmöglich. Der Sozialismus ist eine Macht, an der niemand vorüber kann. Er muss dann aber selbst sein Ziel und seine Wege kennen.

Es heisst nun eine offene Tatsache anerkennen, wenn man zugibt, dass diese Zersetzungen selbst in der Arbeiterklasse Verwirrung und eine gewisse Auflösung herbeigeführt haben. Grundlagen unserer Anschauungen, wie das Recht der Demokratie, die Freiheit des Wortes und des Gedankens, die Durchführung des Sozialismus durch die Schaffung einer geordneten gemeinsamen Produktion, haben sich in diesem Durcheinander in gewissen Kreisen bis zur Verleugnung verdunkelt. Unter Missbrauch des Wortes von der Diktatur des Proletariats wird die Herrschaft für einen Minderheitsterror verlangt, der das Gegenteil sowohl der Demokratie als des Sozialismus bildet. Wir, die wir hier versammelt sind, lehnen energisch ähnliche Entartungen ab, die nur der Arbeiterklasse schaden und den Sozialismus kompromittieren können.

Von diesem Gesichtspunkte aus kann unsere Berner

Konferenz nur eine *Vorbereitung* sein. Hier werden wir nach der Weltkatastrophe den Kontakt miteinander wieder aufnehmen, die Auffassungen der Arbeiterklasse von den aktuellsten Problemen des Friedens und des Völkerbundes vor der Welt laut verkündigen, dann aber, wenn es mir erlaubt ist, diesen Rat zu geben, eine Kommission einsetzen, von hier aus beauftragt, die Reorganisation der Internationale und in der nächsten Zeit einen grösseren Kongress vorzubereiten, damit die Internationale endgültig ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Es hängt jetzt von der Konferenz selbst ab, vom Geiste, worin sie ihre Arbeit verfolgt, ob sie, was wir alle gewiss wünschen, als ein Leuchtfeuer, auf hohem Berge im Alpenlande gegründet, leuchten wird für die neue Zeit, für die Vervollkommenung der Demokratie und für den Anfang des Sozialismus. Es möge dieses hohe Ziel unsere Arbeiten leiten und uns über alle Schwierigkeiten hinweghelfen.

BEGRÜSSUNG DURCH DEN PRÄSIDENTEN DER STADT BERN.

Bern, den 3. Februar 1919.

*Herrn Hjalmar Branting, Präsident
der Internat. Sozialisten-Konferenz, Bern.*

Werter Genosse!

Der ausserordentliche Schweizerische sozialdemokratische Parteitag hat gestern im gleichen Saale, in dem heute Ihre Konferenz zusammentritt, mit 238 gegen 147 Stimmen die Beschickung der Konferenz, in der die Delegierten der Arbeiter aller Länder zusammentreten, abgelehnt.

Da ich in diesem Beschluss einen schweren poli-

tischen Fehler und eine internationale Blamage der schweizerischen Partei erblickte, habe ich aus dem Widerstreit meiner persönlichen Überzeugung und dem Mehrheitsentscheid meiner Partei die Konsequenzen gezogen, mein Amt als Parteipräsident niedergelegt und den Rücktritt aus der Geschäftsleitung erklärt.

Ich bin bei dieser Sachlage nicht legitimiert, mich im Namen der Partei an Sie zu wenden, wohl aber erfülle ich eine Pflicht der Gastfreundschaft, wenn ich Sie in meiner amtlichen Stellung in den Mauern unserer Stadt herzlich willkommen heisse und der Hoffnung Ausdruck gebe, dass Ihre Arbeit den Erfolg zeitigen möge, den Millionen von Arbeitern aller Länder von der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen Fäden der sozialistischen Internationale erwarten, die Herstellung einer einheitlichen Kampffront zur Wahrung der Interessen des Proletariats und damit auch zur Förderung der Interessen der ganzen Menschheit und ihrer Kultur.

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer heute beginnenden Konferenz einen vollen Erfolg.

Mit herzlichem Genossengruss

A. Müller,
Stadtpräsident von Bern.

Schuldfrage.

Kurt Eisner (Bayern). Ich habe die feste Zuversicht, dass die erste Aussprache der bisher getrennten Teile der Internationale nicht erfolglos sein wird.

Es muss aber Klarheit und Wahrheit zwischen uns sein. Die Internationale ist ein wesenloses Werkzeug,

wenn sie nicht auf sicherem gegenseitigen Vertrauen beruht. Der Sozialismus pocht an die Türe als unmittelbare Aktion. In diesem weltgeschichtlichen Augenblick müssen die Sozialisten einig sein, wobei ich weniger Gewicht auf die formale Einigkeit als auf die sachliche Einheit der Gedanken und des Willens lege. Sind wir das nicht, dann ist unsere Internationale verloren.

Wir müssen uns herausheben aus dem Wahn, aus der Lüge unserer Zeit.

So sehr ich vor einem Jahre bereit gewesen wäre, die schärfsten und schroffsten Anklagen zu erheben, so sehr widerstrebt es mir heute, nach dem Zusammenbruch, die billige Arbeit zu leisten und Steine zu werfen auf das, was bereits tot ist. Und dann bin ich im Innersten überzeugt, dass wir in Deutschland eine einheitliche Sozialdemokratie brauchen, wenn wir nicht den Entbehrungen dieser Jahre erliegen sollen. Wir Deutsche haben unsere schwere Schuld dadurch zu sühnen, dass wir auf dem Wege zum Sozialismus voranschreiten, klar, besonnen und sicher.

Und nun soll ich Anklagen gegen diejenigen erheben, mit denen wir vor dem Kriege Schulter an Schulter kämpften?

Sie haben im Ausland die Umwälzung in Deutschland nicht richtig erkannt. Die Massen sind hier auf tiefste auf- und umgewühlt. Nirgends ist der Hang zur Demokratie so stark wie bei uns, nirgends die Sehnsucht so tief, die neue Volksherrschaft in sozialistischem Sinne zu leiten.

Wir haben uns im August 1914 alle geirrt. Seit 1912 verkündete uns die Regierung Bayerns den drohenden Überfall durch Russland in vertraulichen Besprechungen. So war ich im Sommer 1914 ganz von dem Gedanken überzeugt, dass uns ein Überfall durch den im-

perialistischen Zarismus drohe. Damals rief ich unsere französischen Freunde auf, uns gegen den Einbruch der Barbarei von Osten zu helfen. Als ich dann das erste deutsche Weissbuch las, da war mir nun beinahe klar, dass wir getäuscht worden waren, und wenige Wochen später war ich mir über Ursache, Schuld und Verantwortlichkeit dieses Krieges nicht mehr im Zweifel.

Ich mag nicht eingehen auf die Einzelheiten der Vergangenheit. Es steht heute fest, dass dieser Krieg von einer kleinen Horde preussisch-wahnsinniger Militaristen in Deutschland, verbündet mit Schwerindustriellen, Weltpolitikern, Kapitalisten und Fürsten gemacht worden ist, und zwar ohne jede politische Voraussicht und ohne jede militärische Einsicht.

Wenn dem deutschen Volk Roheit und Brutalität vorgeworfen wird, so muss ich betonen: das militärische System ist roh und brutal, nicht die Menschen. Wir sind ein Opfer des deutschen Organisationsgeistes, ein Opfer unserer wissenschaftlichen Gründlichkeit gewesen. Das arme deutsche Volk hatte mit dem, was das System verschuldete, nichts zu tun. Es wurde angelogen und hat daher heute ein moralisches Recht, an die Welt zu appellieren und zu verlangen, dass wir am Wiederaufbau der Welt sollen teilnehmen können, dass uns das Recht auf Leben und auf Freiheit gewährleistet werde und dass man uns nicht zu Sklaven fremder Kapitalisten mache.

Und man hat auch Sie angelogen. Sie sind über die Vorkommnisse in Deutschland, über die Vorbereitung der Revolution nicht richtig informiert worden. Das deutsche Volk hat im Aufstand gegen den Krieg mehr geopfert als vielleicht irgend ein anderes Volk. Diese Auflehnungen begannen schon im Herbst 1914 trotz

Kerker, Zensur und Standrecht. Vor einem Jahre, als Deutschland auf der Höhe seiner Macht stand, erhoben sich wie ein Mann die deutschen Arbeitermassen.

Die revolutionäre Gesinnung Deutschlands ist nicht das feige Werk des Zusammenbruchs, sondern das Ergebnis einer unermüdlich vorwärts drängenden Arbeit, die gerade da einsetzte, als Deutschland scheinbar auf der Höhe der Macht stand.

Wir sind heute das radikalste Volk der Welt. Wir wollen unsere Schuld sühnen, indem wir auf dem Wege zum Sozialismus vorwärts schreiten.

Reichen Sie uns dazu die Hand zum Handeln. Seien wir, was Jaurès einmal verlangte: Patrioten aller Länder. Dann werden wir die Erlösung finden.

Karl Kautsky (Deutschland). Kautsky spricht im Interesse der Sache, nicht der Personen. Wir haben hier unsere Erfahrungen während des Krieges auszutauschen und unsere Lehren daraus zu ziehen.

Die Mehrheitler meinten im Interesse des Landes die Regierungspolitik unterstützen zu müssen. Sie haben das Land damit ins Verderben gestürzt, da der Krieg infolgedessen solange weitergeführt wurde, bis es zum völligen Zusammenbruch Deutschlands kam. Sie sollten hier offen zugestehen, dass sie betrogen worden sind. Das deutsche Volk hat heute seine Militaristen verjagt. Es wird in Zukunft ein friedfertiges Volk bleiben. Die 12 Millionen Stimmen wurden nicht für Kriegspolitik abgegeben. Es waren die Stimmen der Einigkeit des deutschen Volkes. Die Zeit der Einigung des deutschen Proletariats ist gekommen. Sie hängt nur noch von einigen wenigen Personen ab. Der Geist der Unabhängigen wird die vereinigte Sozialdemokratie beherrschen. Es

drohen ihr zwei Gefahren: die des Bolschewismus, hervorgerufen durch Hunger und Verelendung, und die einer neuen Verseuchung durch Militarismus und Nationalismus. Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen, das ist's, was gegen beide Gefahren helfen kann. Ich hoffe, dass die Konferenz uns dazu verhelfen wird. Wir Unabhängigen haben ein Recht, für das deutsche Volk eine billige Lösung zu fordern. Wenn Sie uns in dieser Weise beistehen, dann wird die Internationale eine Tatsache sein.

Stuart Bunning (England). Wir können mit der Diskussion der Schuldfrage während Wochen weiterfahren, ohne zu einem Resultat zu kommen. Die britische Delegation protestiert überdies gegen die Länge der Reden. Die Schuldfrage mag zu einem gewissen Zeitpunkt besprochen werden, nicht aber jetzt. Wir sind nicht hierher gekommen, um unsere Zeit zu vergeuden. Es ist viel von der Schuld gewisser Regierungen gesprochen worden, aber man vergisst, dass alle Regierungen eine gewisse Schuld trifft.

Die britische Delegation appelliert durch den Redner an Albert Thomas und ersucht ihn, diesen Krieg der Regierungen nicht zu einem Krieg zwischen den Arbeitern zu machen. Die Aufgabe, um derentwillen wir hierher gekommen sind, ist die, Einfluss auf die Pariser Konferenz zu gewinnen. Die Liga der Nationen steht auf dem Spiel. Wenn wir die Schuldfrage diskutieren, werden wir keinen Einfluss auf die Gestaltung der Liga ausüben können, was wir sicherlich vermöchten, falls wir einig wären. Wir bitten auch unsere deutschen Freunde, die Schuldfrage ruhen zu lassen, um überzugehen zu unserer wahren Aufgabe, nämlich der, dafür zu sorgen, dass der Friede,

der in Paris geschlossen werden wird, ein dauernder Friede werde.

Jean Longuet (Frankreich). Wir sind völlig einverstanden mit Eisner und Kautsky, wie sie die deutsche Mehrheit kritisieren. Es ist zuzugeben, dass die Sozialisten aller Länder dem Sturmwind des Chauvinismus beim Kriegsausbruch gewichen sind.

Aber es ist auch bedauerlich, dass die Mehrheit in Frankreich sich gegen die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz ausgesprochen hat, die für die Sache des Sozialismus von grösstem Interesse gewesen wäre. Es hätte mit der Arbeit dieser Konferenz der Sache des Friedens ein grosser sozialistischer Impuls gegeben werden können.

Die Diskussion der Schuldfrage konnte von gewissem Nutzen sein, aber das genügt nicht. Will man die deutsche Mehrheit ausschliessen, so hätten wir auch noch viele andere auszuschliessen.

Eisner und Kautsky haben sehr gut gezeigt, dass die Massen in Deutschland der Internationale treu geblieben sind, und all diese werden wir nicht ausschliessen können.

Die russische Revolution ist als ein Ganzes aufzufassen, wie die grosse französische Revolution, und nicht nach Einzelercheinungen zu beurteilen. Ob die Methoden der Bolschewisten richtig sind, weiss ich nicht, aber es wird unmöglich sein, sie auszuschliessen, schon deshalb, weil dieser Antrag von der äussersten Rechten der Internationalen kommt.

Wir haben uns gegen den Hass und die Verhetzungen der Völker zu wenden, wir haben die internationale Brüderlichkeit wieder aufzurichten. Wir haben zu tun, was Wilhelm Liebknecht auf einer Zusammenkunft des

Jahres 1891 verlangte, wir haben uns über den Blutstrom, der nicht von den Proletariern, sondern vom Bürgertum und vom Kapitalismus vergossen wurde, die Hand zum Bunde zu reichen.

Fritz Adler (Österreich). Ich empfinde eine grosse Trauer darüber, dass kriegsbewusste Arbeiter erst nach 4½ Jahren sich wieder zu gemeinschaftlichen Verhandlungen zusammenfinden. Es hat keinen Moment in diesem Krieg gegeben, in dem nicht alle miteinander hätten reden können. Immerhin aber betrachte ich es als einen Fortschritt, wenn wir jetzt alle miteinander sprechen.

Die heutige Konferenz besteht aus zwei Teilen: einer kleinen Minderheit, die stets den Gedanken der Internationale aufrechterhalten hat, und einer Mehrheit, die aus Schiffbrüchigen der alten Internationale besteht. Dies darf nicht verschleiert werden. Wir Österreicher haben keinen Zweifel daran gelassen, dass Österreich an der Anschuldigung dieses Krieges einen guten Anteil Schuld hätte. Wir haben nicht die Interessen unseres Landes in der Internationale zu vertreten, sondern umgekehrt die Interessen der Internationale in unserm Lande. Wir wissen, dass Österreich diesen Krieg planmässig vorbereitet hat, und zwar schon vor dem Attentat von Serajewo. Wir werden aber nicht behaupten, dass die herrschenden Parteien in den andern Ländern unschuldig gewesen seien; auch der Zar hat an der Vorbereitung des Krieges gearbeitet.

Was die Bolschewisten anbetrifft, so muss ich ebenfalls gestehen, dass ich kein Bolschewist bin. Ich halte vieles daran verfehlt; aber ich bin ganz der Meinung anderer Genossen, dass hier eine Verurteilung irgendwelcher Art über Abwesende ausgeschlossen erscheint.

Wir haben auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die russische Regierung aus dem Interesse des Proletariats hervorgegangen ist.

Wir hoffen, bald auf eine internationale Tagung kommen zu können, wo das Proletariat der ganzen Welt vertreten ist.

Thomas (Frankreich). Es wird verlangt, dass wir ohne Diskussion zustimmen. Meine Parteigenossen würden aber nicht verstehen, wenn man ohne jede weitere Erklärung darüber hinweg ginge. Ich hätte von der deutschen Mehrheitspartei eine bestimmte Ablehnung des ganzen alten Systems erwartet. Ich kann nicht behaupten, dass mein Vertrauen zu der deutschen Mehrheit wiederhergestellt ist, und die französischen Sozialdemokraten, in deren Namen ich hier bin, werden dieses noch viel weniger können. Ich habe den Deutschen nahegestanden, ich habe mit ihnen gelebt, ich bin für sie eingetreten, ich habe sie verteidigt, ich habe gegen die Ansicht gekämpft, dass die deutsche Resolution lediglich eine Camouflage sei, aber mein Vertrauen ist noch nicht wiederhergestellt. Ich will mich der Resolution aber dennoch nicht widersetzen. Ich habe das Bewusstsein, dass wir eine lange, schwierige Arbeit weiterzuführen haben, um die Internationale so wieder aufzurichten, dass sie eine Macht sein wird. Ich kann aber in diesem Augenblick nicht anders, als an die französischen Soldaten zu denken, die für die Freiheit und das Recht gekämpft haben und gefallen sind. Aber ich komme auf die Tribüne, um für die Zukunft des Proletariats der Welt zu kämpfen, und aus diesem Grunde werde ich mich der Resolution nicht widersetzen.

Die Gesellschaft der Nationen.

J. H. Thomas M. P. (England). Die Frage der Verantwortlichkeit bleibt am besten dem Historiker der Zukunft vorbehalten. Die Arbeiterklassen aller Länder haben jedenfalls an der Kriegsschuld den geringsten Anteil. Wir dürfen es nicht auf uns sitzen lassen, dass man sagt, die Konferenz habe nichts anderes gewusst, als untereinander zu streiten; ihre Hauptaufgabe bleibt der Einfluss, den sie auf die Pariser Konferenz auszuüben hätte, und die grösste dieser Aufgaben ist die Stellungnahme zum Problem des Völkerbundes. Er darf aber nicht als eine einzelne Friedensbedingung neben andern aufgefasst werden, sondern nur als die Grundlage des Friedens selbst, weil der Friede sonst für die Zukunft keine Hoffnungen gestattet. Der Krieg hat bewiesen, dass bei allen Opfern an Gut und Blut stets die Arbeiterklasse in erster Linie zu leiden hat. Wenn keine Methode gefunden werden kann, um internationale Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu begleichen, dann ist das Schicksal der Zivilisation beendet. Wie würde ein Krieg der nächsten 20 Jahre aussehen? Er würde vollends jede kulturelle Arbeit vernichten und die gesamte Zivilisation ruinieren. Daher müssen wir darauf dringen, dass der Friede nicht im Sinne des Eroberers, des Siegers gegenüber dem Besiegten geschlossen wird, sondern ein Friede, der geeignet ist, auf alle Zukunft jeden Krieg unmöglich zu machen. Dies ist nur dann möglich, wenn der Völkerbund zur Grundlage des Friedens gemacht wird.

Die Liga darf aber nicht durch einige wenige ausgesuchte Nationen gegründet werden, wie die Pariser Konferenz das zu beabsichtigen scheint. Die Liga würde in diesem Falle nur zu einer Bildung von neuen Staaten-

gruppen führen, die sich eine gegen die andere bewaffnen müsste, und der Erfolg wäre eine neue Explosion.

Der Völkerbund darf auch nicht bloss ein Fetzen Papier sein; er muss hinter sich die feste Entschlossenheit und Zustimmung der Masse des arbeitenden Volkes in allen Ländern haben.

Zwei Punkte sind es hauptsächlich, mit denen der Völkerbund vorangehen muss:

1. mit der Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht;
2. in der Frage der Abrüstung.

Eine weitere Ausbeutung des Volkes durch die Rüstungsindustrie ist nicht mehr zuzugeben. Die darin investierten Kapitalien erheben einen Zoll auf Blut und Arbeit des Volkes, der verweigert werden muss.

Wenn es selbstverständlich ist, dass die geheime Diplomatie abgeschafft werden muss, so hat der Völkerbund noch mehr als das zu tun. Er muss sich mit den Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes in allen Ländern beschäftigen. Er hat eine Arbeitercharte auszuarbeiten.

Zwei Gefahren stehen meiner Meinung nach der Entwicklung des Sozialismus gegenüber, die der Reaktion und des wiederkehrenden Imperialismus einerseits und die des Bolschewismus anderseits. Diese Gefahren können nur beseitigt werden, wenn die Pariser Konferenz veranlasst wird, ihre Aufgabe in ausgeführtem Sinne durchzuführen. Es ist die Pflicht und die ehrenvolle Aufgabe der Berner Konferenz, die Staatsmänner der Pariser Konferenz dahin zu drängen, dass sie dieser grossen Aufgabe gerecht werden.

Ramsay MacDonald (England). Zunächst gebe ich meiner Freude darüber Ausdruck, dass das sich erfüllt hat, was meine Freunde und ich seit vier Jahren erhofften, wofür wir gearbeitet haben, der Zusammentritt einer

Konferenz von Vertretern aller Völker, die seit vier Jahren im Krieg miteinander standen.

Es ist von grösster Wichtigkeit, dass die während des Krieges von den Alliierten geschaffenen Einrichtungen, die eine gemeinsame Kontrolle über die Verteilung der Lebensmittel und Rohstoffe und des ganzen Seetransportwesens anstrebten, in irgendeiner Form zum allgemeinen Vorteil erledigt werden. Nun findet man aber, dass gerade diejenigen Regierungen, welche das für ihre Absicht und ihr Programm proklamieren, in ihren eigenen Ländern daran gehen, die Rohstoffe, das Transportwesen, die Schifffahrt wieder in die Macht der Privaten, derjenigen Klassen zu geben, welche ihren Besitz zur Ausbeutung des Volkes missbraucht haben und vor Begierde brennen, diese Ausbeutung, nachdem nun der Krieg beendet ist, wieder fortzusetzen.

Der zweite Punkt ist der, dass die Möglichkeiten des Völkerbundes von dem Charakter des Friedens abhängen. Ist der Friede wieder nur ein solcher, wie er 1871 in Frankfurt zustandekam, dann ist der Völkerbund vollständig zwecklos. Der Völkerbund darf nicht mit Eroberung oder Beute befleckt sein; er darf nicht ein Instrument des Krieges sein; er soll vielmehr ein Gerichtshof für die Völker sein, nicht aber eine Polizei, die die Ungerechtigkeiten in territorialen Fragen durchsetzt und erzwingen will. Der Völkerbund soll nicht die Erbschaft der alten Ungerechtigkeiten, die dieser Krieg entfesselt hat, übernehmen. Wenn er das tut, und wenn es von dieser Konferenz nicht verhindert wird, dann wird jeder einzelne Soldat, jeder einzelne Schutzmann, über den die Regierungen verfügen, verwendet werden, um die Völker in der alten Unfreiheit und Abhängigkeit zu erhalten.

Ferner darf der Völkerbund nicht exklusiv sein. Der Völkerbund soll nicht eine blosse Fussnote zur Geschichte der letzten furchtbaren vier Jahre sein; er soll

vielmehr auf ein ganz neues Blatt der menschlichen Geschichte geschrieben werden, von neuen Schriftstellern, von den grossen Demokratien der Welt. Ich wende mich speziell an die deutschen Delegierten, deren Erklärung zur Abrüstungsfrage ich willkommen heisse. Ich beschwöre sie aber, diese Erklärung zu vervollständigen; ich bitte sie, ihren Gedanken an die Volksmiliz fallen zu lassen, denn auch eine Volksmiliz bedeutet die Dienstpflicht, und meine Freunde und ich sind fest entschlossen, die Dienstpflicht in jeder Form, unter jedem Vorwand zu bekämpfen. Wir wollen weder die militärische noch irgendeine Form der industriellen Dienstpflicht, unbekümmert um die Popularität oder Unpopularität, unbekümmert darum, dass wir unsere Mandate verloren haben, und vielleicht noch weitere verlieren werden. Wenn in Deutschland auf Grund der Volksmiliz jeder weaffenfähige Bürger bewaffnet wird, in Frankreich ebenfalls, so ergibt sich naturgemäss ein grosser Unterschied der Kräfte, und wir werden wieder dazu gedrängt werden, dass die militärische Stärke neuerdings die Grundlage für die internationalen Beziehungen der Völker abgeben wird, was uns mit dem Gedanken der Völkerliga vollständig unvereinbar zu sein scheint. Nur die vollständige und uneingeschränkte Abrüstung kann eine sichere Grundlage für den Völkerbund abgeben; dieser Völkerbund kann sich nur auf die moralische Autorität stützen. Eine blosse beschränkte Rüstung erscheint mir als ein vollständig unlösbares Problem; es gibt niemand, der in der Lage wäre, ein Mittel anzugeben, durch welches wirklich die Rüstungen allseitig beschränkt werden können. Es gibt kein Mittelding zwischen vollständiger Abrüstung auf der einen und Fortsetzung des verderblichen Wettrüstens, das diesen Krieg herbeigeführt hat, auf der andern Seite.

Noch möchte ich mich einer Frage zuwenden, die

mir besonders wichtig erscheint, der Verfassung des Völkerbundes, wie sie in Paris geplant wird. Der § 3 der Verfassung enthält den Vorschlag, dass der Völkerbund aus den Regierungen der Völker zusammengesetzt sein soll. Diese Formulierung gibt deshalb zu den schärfsten Bedenken Anlass. Ich schlage eine neue Formulierung vor, welche dahin lautet, dass die Vertretung im Zentralvorstand des Völkerbundes nicht den Delegierten der Exekutiven, sondern den Delegierten der Parlamente mit Berücksichtigung aller Parteien zustehen soll. Das ist nötig, weil sonst eine Allianz der Kabinette und nicht eine Allianz der Völker geschaffen würde.

Wir wünschen, dass die Völker und nicht der Amtstaub der Auswärtigen Ämter die treibende Kraft des Völkerbundes bilden.

Namentlich der in Paris gemachte Vorschlag, dass die Ministerpräsidenten der einzelnen Länder jedes Jahr einmal zu einer Besprechung zusammentreten sollen, erscheint mir geradezu als eine Verhöhnung aller Völkerbundsbestrebungen. Ein Völkerbund mit einer derartigen Einrichtung würde sich durch nichts unterscheiden von der seligen heiligen Allianz.

Wenn man heute Russland hervorzieht, wenn man alle Anklagen auf das Haupt Russlands häuft, so geschieht das aus demselben Grund, aus dem die heilige Allianz in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sich gegen die revolutionäre Bewegung im südlichen Europa gewendet hat. Nicht das, was in Russland geschieht, ruft diesen Zorn hervor, sondern einfach die Furcht, dass in Russland neue Ideen über Regierung, über Sozialordnung, über das Verhältnis der Arbeiterklasse zu den andern Bevölkerungsschichten sich Geltung verschaffen wollen.

Ich will noch darauf verweisen, dass dem Völkerbund eine ausserordentlich weitgehende legislative Befugnis in

der Entscheidung über Krieg und Frieden zugedacht ist, auch weitgehende wirtschaftliche Befugnisse, die tief in die Rechte der Völker und Individuen eingreifen. Ich bin unbedingt dagegen, dass diese weitgreifenden Befugnisse einem Völkerbund gegeben werden, der nicht ein Bund der Völker, sondern bloss ein Bund der Regierungen ist.

Ich schliesse mit der Aufforderung, diese Konferenz möchte sich in ihrer Arbeit, ihrer Einflussnahme auf die Gestaltung des Völkerbundes ein dauerndes Denkmal in der Geschichte setzen und die Erinnerung mit nach Hause nehmen, dass hier der erste Schritt getan worden ist auf dem Wege zu einer wirklichen und dauernden Vereinigung der gesamten Menschheit.

Troelstra (Holland). Ich begrüsse den grossen historischen Augenblick, da die Internationale berufen ist, sich auszusprechen über den Bund der Nationen. Diese erste Frucht einer Arbeit, die noch vor kurzer Zeit als ein Traum der Idealisten verschrien wurde, ist heute die aktuellste und wichtigste Frage der Welt geworden.

Bei allen Völkern ist der Gedanke lebendig geworden, dass dasjenige, was wir hinter uns haben, nicht mehr möglich sein darf. Ein Gefühl der Scham gegenüber der Kulturschande des Krieges hat uns befangen. Wir finden, dass die Generation unserer Zeit eine grosse Aufgabe zu erfüllen hat, wenn sie sich reinigen soll von der Schmach, die über sie gekommen ist. Die vorgeschlagene Resolution ist der positive Ausdruck der Überzeugung, für die wir mit den Millionen, die hinter uns stehen, mit dem neuen Heer ohne Waffen, aber bewaffnet mit den Rüstungen des Geistes, alles opfern werden, was wir zu opfern haben.

Die Resolution wird die allgemeine Zustimmung unseres Kongresses finden können. Der wichtigste Punkt der Resolution ist mir der, dass durch den Völkerbund ein

Organ ins Leben gerufen und entwickelt werden soll, welches die Produktion und die Verteilung der Lebensmittel, der Rohstoffe beherrschen soll.

Was ist die tiefere Ursache des latenten Zustandes, aus dem dieser Krieg hervorgegangen ist? Es sind die imperialistischen Methoden, es ist die Konkurrenz der verschiedenen Länder auf dem Weltmarkt. Es war bisher kein Organ vorhanden, das regelnd eingriff, durch das der berechtigte Expansionsdrang auf normalem Wege sich ausleben konnte.

Wenn der Völkerbund dauernd den Krieg ausschalten soll, so wird seine Tätigkeit mehr und mehr und vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete notwendig sein. Die Beherrschung der Produktion des Exporthandels muss eine seiner ersten Aufgaben sein. Dieses spricht die Resolution richtig aus.

Man spricht oft davon, es müsse eine grosse internationale Militärmacht aufgestellt werden, die stets bereit wäre, kriegslustigen Völkern das Handwerk zu legen. Ich freue mich, dass dieses in der Resolution nicht gesagt wird. Die Möglichkeit einer Polizeimacht wird zwar vorgesehen, doch wird diese unter internationale Kontrolle gestellt. Hoffen wir, dass es gelingen wird, jede Rückkehr des Militarismus in irgendeiner Form unmöglich zu machen.

Zu der Frage der Sanktionen möchte ich bemerken, dass die einzige wahre, dauerhafte und wirksame Sanktion in den Völkern selbst liegen muss. Diese müssen es jeder Regierung unmöglich machen, zu den Waffen zu greifen; das Wachstum, die politische Geschlossenheit der Arbeiterschaft wird die beste Garantie für die Ausführbarkeit des Völkerbundes sein.

Können wir von den Vorarbeiten zur Schaffung des Völkerbundes einen wirklichen Erfolg erwarten? Daraus kann ich nur mit grösster Reserve antworten.

Die erste Voraussetzung des Völkerbundes ist ein ehrlicher, gerechter Friede. Wir haben unsere Treue und Anhänglichkeit nicht nur der einen Kriegspartei verschrieben; es muss daher von uns gebrandmarkt werden, dass nicht alle Parteien und Länder in Paris an der Schaffung des Völkerbundes mitwirken können. Mehr noch: eine Million deutscher Kriegsgefangener kann nicht in ihr Land zurückkehren. Auf diese Weise wird unnütz ein Volk gequält. Kann aus einem solchen Geiste ein ehrliches Friedenswerk geschaffen werden? Es geschehen in den verschiedenen Teilen der Welt Gewalttaten, die nicht im Einklang mit dem Ernst der Stunde zu bringen sind; so wird das arme Ungarn gequält, dahin gehört das Auftreten der Polen in Danzig usw. Auf dieser Konferenz muss Verwahrung eingelegt werden gegen alle derartigen Taten. Die Pariser Konferenz beabsichtigt, die Administration abhängiger Völkerschaften einem Mandatar des Völkerbundes zu übertragen. Zu einer solchen Arbeit können wir heute kein Zutrauen haben. Wir müssen auf unserer Hut sein, dass diese historische Arbeit nicht zu einer historischen Fälschung, zu einem historischen Schwindel wird.

Die Resolution ist gut, aber wir haben damit unsere wirkliche Arbeit noch nicht einmal angefangen. Der Völkerbund wird wahrscheinlich bald zum grossen Gegenstand des Klassenkampfes gegen die imperialistischen Cliques werden. Wir werden in diesem Kampfe grosse Hilfstruppen bekommen. Wir müssen ihre Avantgarde bilden. Wir müssen die Grundlage für einen grossen Kampf der Zukunft schaffen; wir dürfen nicht mit uns spielen lassen; wir werden unter der Fahne der Internationale den Völkerbund zu einer Wirklichkeit machen.

Locker (Palästina) äussert seine Freude darüber, dass es ihm vergönnt ist, als Vertreter der jüdischen Nation zur

Internationale zu sprechen. Die grosse Mehrheit des jüdischen Volkes sieht in der Internationale ihren bedeutendsten Freund. Wir haben schon zu Anfang des Krieges dem internationalen Bureau eine Denkschrift über die Lage der Juden in allen Ländern überreicht. Ich spreche nicht bloss im Namen des jüdischen Volkes, sondern aller unterdrückten Nationen, wenn ich verlange, dass der Völkerbund die Aufgabe übernehmen muss, die gewisse Staaten für sich in Anspruch nehmen, der Beschützer der kleinen, unterdrückten Nationen zu sein.

Der Völkerbund darf nicht nur eine Förderin von einzelnen Staaten, sondern von allen Völkern ohne Ausnahme sein, ohne Rücksicht darauf, ob sie selbständig sind oder nicht, oder ob sie eigene Territorien besitzen oder nicht. Der Krieg wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass es nationale Minoritäten gibt. Wir Juden fühlen als Minorität *par excellence* mit aller Wucht die schwere Lage dieser Minoritäten. Die aufstrebende und zur Selbständigkeit gelangte Ukraine unterdrückt im eigenen Lande ihre Minoritäten. Auf dem Balkan wird jede Lösung der Balkanfrage, die nicht den Balkanbund nationalisiert, Minoritäten schaffen. Diese laufen Gefahr, unterdrückt zu werden. Gerade die arbeitenden Klassen haben diesen Druck am schwersten zu fühlen. Aufgabe der Internationale ist es daher, dafür einzutreten, dass ihnen die volle Möglichkeit nationaler Entwicklung gewahrt bleibt. Für derartige Konflikte muss ein internationales Tribunal geschaffen werden.

Es gibt aber auch wirtschaftliche, nicht nur kulturelle Konflikte dieser Art. Der wirtschaftliche Boykott gegen die Juden in Polen hat Tausende von Juden ruiniert und aus dem Lande geworfen.

Die jüdische Frage wurde durch den Krieg auf die tragischste Weise aufgerollt. Nicht nur haben die Juden

in allen Heeren gegen einander kämpfen müssen, sie haben viel Schrecklicheres zu ertragen gehabt —, was wir Juden vom Zarismus erlitten, wissen unsere Genossen. Pogrome kamen auch in der Ukraine, in Rumänien usw. vor. In Rumänien hat man die jüdische Bevölkerung in schändlichster Weise ihren Schlächtern ausgeliefert. Wenn dort nicht eine Revolution ausbricht, wenn das Bürgertum weiterherrscht, dann sind die Juden dieses Landes auf Gnade und Ungnade ihren Todfeinden ausgeliefert.

Wir sind ein heimatloses Volk. Wir bilden nirgends in der Welt einen Staat. Wir haben nirgends einen Fleck eigenen Bodens. Das jüdische Problem ist daher viel tiefer zu fassen; wir müssen ein Territorium bekommen, um ein produktives Element im Bund der Völker zu werden. Wir haben zwar ein grosses Proletariat, aber was uns fehlt, das ist der Bauernstand und ein eigenes wirtschaftliches Gebiet, auf dem wir uns selbständig machen können.

Eine der wenigen erfreulichen Erscheinungen dieses Weltkrieges ist der Umstand, dass in der Internationale das Interesse für das jüdische Volk wachgerufen ist, unser Problem reiht sich hier organisch in das grosse Problem der Sozialisierung der Gesellschaft ein. Die Überbevölkerungsfrage ist eine Sache, die durch die Internationale gelöst werden muss. Das Judentum leidet an Überbevölkerung in allen Ländern, und daraus stammen alle unsere Leiden. Der Übergang zur Wirtschaftlichkeit, zur Produktivität, ist daher mit allen Mitteln zu stützen. Wir hoffen, dass dieser Kongress sich unsern Gedanken anschliessen wird.

Mrs. Philip Snowden (England) schliesst sich den Ausführungen MacDonalds an und empfiehlt sie besonderer Aufmerksamkeit der Konferenz. In England hat man die Erfahrung gemacht, dass der Völkerbund von Leuten

unterstützt wird, die von der Arbeiterschaft seit langem mit grösstem Misstrauen beobachtet werden mussten. Anderseits verhielten sich die Arbeiterklassen skeptischer, als man hätte erwarten können, was vielleicht mit jener andern Erscheinung zusammenhing.

Die Männer sind so gut und so aufrichtig, dass die grosse Masse derselben nie dafür gewonnen werden könnte zu töten, ausgenommen für irgendeine grosse Sache oder einen moralischen Impuls: sie gehen mit dem Schlachtgeschrei „für unsere Frauen und Kinder“ in den Kampf, sie begannen in unserm Namen, für unsere Sicherheit, unser Glück, unsere Ehre die Schlächtereie. Das ist eine Täuschung und eine Lüge! Es können alle Frauen und Kinder keine Sicherheit haben, solange der Krieg und die Vorbereitung des Krieges andauert, und was die Ehre der Frau anlangt, so ist das ihre eigene Angelegenheit und niemand kann sie ohne ihre eigene Zustimmung darum bringen. Ich bitte alle wohldenkenenden Männer, sich mit uns Frauen zu vereinigen, um nicht nur die Frauen, sondern die ganze Menschheit vor den Schrecken des Krieges zu bewahren.

Justo (Argentinien). Der Völkerbund hat eine grosse Aufgabe durchzuführen: die Verwirklichung des freien Handels.

Man hat vom Völkerbund von einer neuen Schöpfung gesprochen; aber schon die Weltpost ist ein Völkerbund von grösster Wichtigkeit. Zahlreiche Staaten haben sich zu Münz-Unionen zusammengeschlossen. Die Schiedsgerichtsverträge bürgerlicher Herkunft haben zweifellos Gutes gewirkt. In Argentinien rühmen wir uns, das Schiedsgericht oft in Anspruch genommen zu haben. Während die bürgerlichen Regierungen aber aus fiskalischen Gründen verschiedene internationale Verträge geschlossen haben,

wehren sie sich gegen internationale Abkommen im Sinne der Abschaffung der Schutzzölle. Das Schutzzoll-System, ist das schlimmste Beispiel des schlimmsten Nationalismus; es beutet die Konsumenten des eigenen Landes aus. Es muss der Völkerbund internationale Konventionen schaffen über einheitliche Masse und Gewichte, für eine internationale Münzeinheit, über den freien Austausch der Lebensmittel und Rohstoffe. Meine brasilianischen Genossen sind nach Besprechungen, die auf der Überfahrt stattgefunden haben, mit diesem Antrage einverstanden.

Herm. Müller (Deutschland). Die deutsche Sozialdemokratie hat den Militarismus wie den Marinismus stets auf das stärkste bekämpft und ganz besonders alles getan, um eine versöhnliche Politik zwischen England und Deutschland möglich zu machen.

Wenn schon die Handelsrivalitäten der bürgerlichen Klasse in beiden Ländern eine der Ursachen des Weltkrieges gewesen sind, so sind die internationalen Wettrüstungen als die Hauptursache zu betrachten. Die Flottenwettrüstungen in England und Deutschland sind ganz besonders verhängnisvoll gewesen. Die deutschen Sozialdemokraten haben stets darauf hingewiesen und diejenigen aufs schärfste bekämpft, die die Flottenrüstungen in Deutschland verfochten: Tirpitz, der heute die bestgehasste Persönlichkeit Deutschlands ist und Wilhelm II. Ein Abkommen zwischen England und Deutschland über die afrikanischen Kolonien lag schon fertig vor, und die Verständigung wäre zustandegekommen, wenn die Wettrüstungen dieses nicht verhindert hätten. Wir wünschen an Stelle der stehenden Heere ein Volksheer, wie es die Schweiz hat, d. h. ein Heer, das zu keinerlei Angriffszwecken zu verwenden ist. Die Dienstzeit wäre durch internationalen Vertrag zu bemessen. Die Deutsche

Republik wird mit allen Abmachungen einverstanden sein, die in Paris in bezug auf Abrüstungsfragen abgeschlossen werden. Thomas hat die Verstaatlichung und Kontrolle der Rüstungsindustrie verlangt. Nehmen wir an, dass es in Zukunft noch eine solche geben wird, dann sind wir völlig damit einverstanden, dass die Krupp und Creusot usw. nicht nur verstaatlicht, sondern internationalisiert werden.

Wir Sozialdemokraten werden niemals in der Lage sein, etwas zu tun, was einer Wiederaufrichtung des Militarismus gleichkommen könnte, und wenn in Paris gute Arbeit geleistet wird, wird es den Sozialdemokraten aller Länder auch möglich sein, mit ihrem Gegner im eigenen Lande fertig zu werden.

In Deutschland, wo das Frauenstimmrecht eingeführt worden ist, ist damit ein besonders starker Impuls gegen den Krieg geschaffen worden. Ich kann daher für die nächste Zukunft an keinen Krieg glauben, um so weniger, als er auch physisch unmöglich erscheint. Ich danke dem Kameraden Thomas für die ausserordentlich versöhnlichen Worte, die er hier gesprochen hat.

Renaudel (Frankreich). Von der Gesellschaft der Völker darf keine Nation ausgenommen werden, auch nicht Deutschland. Die Arbeiten der Pariser Konferenz müssen wir zu beschleunigen suchen und auf diese den grössten Druck ausüben. Die französischen Sozialdemokraten wünschen die Zurückstellung Deutschlands in keiner Weise, weder politisch noch wirtschaftlich. Wir werden gegen den Imperialismus der Sieger stets den schärfsten Kampf führen. Die sozialdemokratische Internationale soll für die Völkergemeinschaft die unerlässlichen Garantien schaffen. Die Pariser Konferenz wird mit unsern Auslassungen zu rechnen haben.

Wenn ich vor einigen Tagen gegen die deutschen

Genossen Anklagen erhob, geschah das nicht aus dem Gefühl des Hasses, sondern um uns selbst die richtige Basis für die Zukunft internationaler Aktionen zu schaffen, die notwendig ist, damit wir in der Völkergemeinschaft gemeinsam für die Lösung aller politischen und wirtschaftlichen Probleme, für die Sozialisierung aller Produktionsmittel, für eine gleichmässige Verteilung der Nahrungsmittel und Rohstoffe kämpfen können, damit jedes Volk politisch und wirtschaftlich in Freiheit leben kann.

Bienstock (Russland). Wir in Russland sind der Ansicht, dass die Frage des Völkerbundes nicht eine Frage der Organisation oder Diplomatie, sondern eine Frage des Zusammenschlusses aller Völker sei. Die einzige Garantie eines solchen Zusammenschlusses ist die internationale Arbeiterschaft. Es ist der Geist der Internationale. Der Völkerbund ist eine leere Phrase, bevor wir nicht an die Wiederaufrichtung der Internationale gehen. Die Taktik unserer Parteien muss internationalisiert werden. Man muss die diplomatische Frage von der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten fallen lassen. Die Internationale darf und muss sich einmischen können. Wir sehen die Notwendigkeit eben jetzt. Die russische Revolution ging zugrunde, weil sie von der Internationale keine Unterstützung erhielt. Die Revolution in Deutschland ist in derselben Gefahr, wenn wir nicht zu Hilfe kommen. Die Internationale muss daher mehr werden, als sie bisher war. Damit haben wir auch die Grundlage für den Völkerbund.

Milhand (Frankreich). Die Forderung des Sozialismus, wie sie in der Resolution niedergelegt wird, erreicht eine Präzisierung und Sicherheit der Grundsätze, die dem Frie-

den einen Charakter absoluter Gerechtigkeit und Dauerhaftigkeit geben werden.

In gewissen leitenden Kreisen steht man vor der Wahl zweier Auffassungen, die jedoch durch Abgründe voneinander getrennt sind. In der neuen internationalen Rechtsordnung wird der schiedsgerichtlichen und juristischen Erledigung von Streitigkeiten der wichtigste Platz eingeräumt. Es fragt sich aber, ob der Krieg als ultima ratio, als letztes Zufluchtsmittel beibehalten werden soll oder nicht. Die Kommission antwortet „Nein“! In Zukunft sollen alle Streitigkeiten ohne jede Ausnahme, auch diejenigen, die sich auf vitale Interessen der Nation oder auf Angelegenheiten, die die Ehre der Völker berühren, beziehen, der Jurisdiktion unterbreitet werden. Der Sinn unserer Resolution ist also der, der endgültigen und radikalen Abschaffung des Rechts auf den Krieg. Eine wichtige Folge dieses Gedankens wird die Ermöglichung einer vollständigen Abrüstung sein, die so lange eine Utopie bleiben muss, als der Krieg in irgendeiner Form noch als möglich betrachtet wird.

Der internationale Apparat, der geschaffen werden muss, um einem solchen System friedensgerecht zu werden, muss eine Reihe von Organen enthalten; er muss einen ständigen Gerichtshof, ein obligatorisches Schiedsgericht besitzen; er muss aber auch eine permanente internationale Konferenz oder ein internationales Parlament haben, und ohne dies wäre ein Schiedsgericht ein Organ ohne Funktion, ein eitles Werkzeug der Regierungen, eine internationale Spielerei. In diesem Sinne erklären wir uns für das neue System.

Es gibt keine Streitigkeiten, die nicht durch Gerichtshof oder Parlamente erledigt werden könnten. Dabei werden die internationalen Organe erst nach Befragen der interessierten Völker ihren Entscheid stellen. Es müssen

auch die Rechte der Minderheiten eines jeden Landes gewahrt bleiben. Es kann sich nicht darum handeln, im Friedensvertrag eine bestimmte internationale geographische Karte zu stereotypieren; sie soll nach dem Wunsch und dem Interesse der Völker fortwährend geändert werden können.

Caehin (Frankreich). Ohne bestimmte Garantien wird die Liga der Völker für uns immer eine Enttäuschung sein. Das internationale Proletariat kann ihr daher unter keinen Umständen zustimmen, wenn jene Garantien nicht geboten werden. Dazu gehört in erster Linie, dass die Völker selbst die Verteidigung ihrer internationalen Interessen übernehmen. Es müssen wenigstens direkte Vertreter der Parlamente in den internationalen Rat und das internationale Parlament gewählt werden. Im obersten Gerichtshof müssen alle Richtungen, alle Meinungen vertreten sein, wenn wir dafür eintreten sollen.

Sodann der entscheidende Punkt: alle Völker ohne Ausnahme müssen vertreten sein. Wir stehen vor einem der wichtigsten Augenblicke der Geschichte. Aus diesem Saale, an den sich alle Hoffnungen der Proletarier der Welt knüpfen, müssen Worte der Menschlichkeit, der Einigkeit erhoben werden; wenn die Verluste Belgiens und Frankreichs vergütet sind, muss der internationale Sozialismus sich erheben, um dem Hass ein Ende zu machen, den der Krieg unter die Völker geschleudert hat.

Kurt Eisner (Bayern). Gestern hat sich der Völkerbundscheu, bang hervorgewagt, als ob er sich noch nicht recht getraute, ohne stürmische Kundgebung, ganz bescheiden; vielleicht ist das der rechte Völkerbund; er, der im Stalle geboren und doch den Stern von Bethlehem hat. Wir

sollten den gestrigen Tag nicht vergessen, nicht warten, bis die Vorbereitungen für einen neuen Kongress getroffen werden. Wir sollten in allen Ländern arbeiten, um ihn sofort lebendig zu machen. Es kann nicht so sein, dass der Friede diktiert werde von irgendeinem Völkerbund, er kann nur das Werk sein eines neuen sozialistischen Völkerbundes, nur dann wird Friede auf Erden! Wir sollten beginnen in schärfstem Anprall gegen die Gewalten, die *diesen* hemmen wollen. Wenn wir der Meinung sind, dass nur der Völkerbund zum Frieden führt, dann müssen wir auch von jener Macht sprechen, von der die Resolution spricht. Wenn wir aus der weltzerstörenden Theorie des Gleichgewichts der Mächte herauskommen wollen, so müssen wir dafür sorgen, dass nicht eine letzte zerstörende Weltmacht am Leben bleibe, die die Wälder der Erde abholzt, um die Seelen zu vergiften. Ich habe meine revolutionäre Regierung begonnen mit dem schärfsten Kampf gegen die Presse und richte an sie heute den Appell, dass sie sich ihrer Aufgabe bewusst werde, dass sie aufhöre, durch Lüge und Verhetzung die Völker gegeneinander auszuspielen.

Zur Schuldfrage: diejenigen, die die Macht des Geistes so schändlich missbraucht haben, wie die Presse, wären zuerst zur Verantwortung zu ziehen.

In die Reihe der Gegner des Völkerbundes gehört in erster Linie der Kapitalismus; solange er sein Regiment ungebrochen aufgerichtet hat, ist kein Völkerbund möglich.

Wir können auch noch andere Sicherungen als die vorgeschlagenen in die Verfassung des Völkerbundes einfügen. Ich halte es für sehr wichtig, dass die Grundsätze des Völkerbundes in das nationale Gesetz aufgenommen werden. Gegenüber dem Hochverrat der alten Zeit ist viel wichtiger, den Weltverrat als schwerstes und nicht

sühnbares Verbrechen in allen nationalen Gesetzbüchern der Welt aufzustellen.

Wir militaristisches Volk sind durch die Erfahrungen des Krieges so antimilitaristisch geworden, dass wir im Namen nicht einmal mehr das wünschen, was bisher im sozialistischen Programm gestanden hat: das Volksheer. Die klarste und einzig mögliche Lösung der Frage ist die völlige Beseitigung des Heeres. Unsere Jugend soll nicht mehr verpflichtet werden, den öden Drill in den Kasernen mitzumachen.

Schon vor dem Kriege waren bei uns lebendig die ersten verheissungsvollen Anzeichen einer neuen Jugend. Diese ist getötet worden; aber wir haben in Deutschland während des Krieges eine neue Jugend gesammelt zu einer Zeit, als nichts von Politik gesprochen werden durfte. Wir haben die Internationale des Geistes in unserer Jugend neu aufgerichtet, indem wir sie mit allen denjenigen Geistern bekanntmachten, die von unserer Presse geschmäht und verlästert wurden.

Arthur Henderson (England). Wir haben hier eine vorzügliche Debatte über die Völkerbundfrage gehört. Ich bin aber nicht sicher, ob wir alles tun, um auf die Pariser Konferenz für praktische Zwecke Einfluss auszuüben. Die britische Delegation legt besondern Wert darauf, dass die Konferenz nützliche und praktische Resultate erziele. Die Volksmassen aller Länder schauen in dieser lebhaften Hoffnung auf die Konferenz, weil sie eines jeden Krieges müde sind, ob er nun wirtschaftlichen oder militärischen Charakter trage. Unsere Konferenz soll den Regierungen zurufen, dass das Gleichgewicht der Kräfte nicht imstande gewesen ist, die Söhne des Volkes vor der Schlächtereier zu retten; dass die Geheimdiplomatie zum Unheil geführt hat und ausserdem mit dem neuen demokratischen

Geiste unvereinbar ist. Unsere Konferenz müsste den Herren in Paris zurufen, dass alle diese Übelstände, die den Krieg zu furchtbarer Entfaltung gebracht haben, sofort beseitigt werden müssen, dass die Schaffung des Völkerbundes sofort in die Hand zu nehmen ist. Gewisse Vorgänge in der Pariser Konferenz müssen uns ihr gegenüber sehr misstrauisch machen. Die Völkerliga muss einen Geist wahrer Demokratie atmen. Es muss eine Liga sein, die in ihren Organen, in ihren Aktionen einen Frieden der Gerechtigkeit lebendig macht. Sie muss der Anfang einer wirklichen Weltbrüderschaft sein. Die britische Delegation betrachtet die deutsche Erklärung als ausserordentlich wichtig, da vollständige Abrüstung unser Ideal ist.

Der Friedensvertrag muss endlich dafür sorgen, dass keine Nation auf Kosten anderer Nationen davon profitieren kann, damit ihre Industrien, ihr wirtschaftliches Leben verkümmert wird. Er muss die Rechte der kleinen Nationen präzisieren. Kein Volk irgendeiner Art darf künftighin unterdrückt werden.

Wir müssen dafür sorgen, dass mit uns alle Arbeiter international zu denken beginnen, nur dann sind wir in der Lage, der Völkerliga jene Form zu geben, die wir verlangen müssen.

Wibaut (Holland). Wenn der Völkerbund im Sinne der vorgeschlagenen Resolutionen zustandekommt, dann ist damit ein Organ geschaffen, mit Hilfe dessen es möglich sein wird, die sozialdemokratische Wirtschaft allmählich zu verwirklichen auf der Grundlage völlig anderer Arbeitsbedingungen. Gewisse Länder sind dabei vor einem Überfluss industrieller Produkte aus andern Ländern zu schützen. Die Resolution gibt auch das Mittel in die Hand, alle Fragen dieser Art zu untersuchen und zu lösen. Im

Bund der Völker müssten die verschiedenen Parteien nach proportionellem System vertreten sein.

Wir geben uns der Hoffnung hin, dass die Annahme der Resolution die Schaffung der neuen Welt und Rechtsordnung befördern wird. Dieses ist jedoch nur möglich, wenn die Proletarier aller Länder die ganze Kraft ihrer autonomen und politischen Machtmittel einsetzen, um im kommenden Friedensvertrag eine Festlegung der besprochenen Prinzipien zu erreichen. Viel wichtiger als das ist allerdings die Forderung, dass diese Grundsätze dann auch durchgeführt werden.

Territorialfragen.

Mistral (Frankreich) spricht über die territoriale Frage als Mitglied der Kommission.

Der Tag wird kommen, da die territorialen Fragen nicht mehr die Bedeutung von heute haben. Was den Wunsch zur Unabhängigkeit immer wieder lebendig erhält, das ist einmal die Unterdrückung von Völkern und insbesondere von nationalen Minoritäten und weiter die Ausbeutung des Volkes durch den Kapitalismus. Heute noch sind diese Fragen von kapitalster Wichtigkeit. Erst wenn es gelingen wird, im Sinne unserer Entschlüsse zu handeln und die internationale Gerechtigkeit zu festigen, dann wird auch der Friede gesichert sein.

Was zwischen Frankreich und Deutschland Konflikte geschaffen hat, das sind weniger die Fragen von Entschädigungen oder andere Fragen seit dem Friedensschluss von 1871, als vielmehr die territorialen Fragen von Elsass-Lothringen gewesen. Man hüte sich daher ganz besonders davor, dass man heute beim Abschluss

dieses Krieges in den gleichen Fehler verfällt. Wenn die elsass-lothringische Frage heute umgekehrt würde, so würde eine neue Irredenta geschaffen werden und mit Sicherheit ein neuer Krieg ausbrechen. In den Balkankriegen haben sich die Feinde von gestern zusammengetan, um wiederum über die andern herzufallen, und zwar auch wegen Fragen territorialer Natur. Unterdrückte Völker verlangen immer wieder eines Tages, bei günstiger Gelegenheit, dass das Unrecht, das an ihnen begangen wurde, wieder gutgemacht werde. Wir haben also alle unsere Anstrengungen darauf zu richten, dass keine neuen Kriegskeime in den Friedensvertrag, der in Paris beschlossen werden soll, Aufnahme finden können. In dieser Hinsicht ist in allererste Linie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu stellen. Die Internationale nimmt nicht zum ersten Male Stellung in dieser Frage. Schon 1915 haben ihre Sektionen in den alliierten Ländern der Entente dieses Recht in Erinnerung gerufen. Es ist auch von den neutralen Sozialisten, vereinigt in Kopenhagen, aufs Programm genommen worden, und ebenso haben die Sozialisten der Zentralmächte in Wien das gleiche Prinzip angenommen. Das nämliche geschah in Russland, wo dieser Grundsatz an die Spitze des Programms der russischen Revolution gestellt wurde. In einem ähnlichen Geist hat die Kommission eine Resolution entworfen. Nach dieser Resolution würden Minderheiten innerhalb der Länder geschützt bleiben müssen. Wir haben über die Anwendung dieser Grundsätze zu wachen in unsern nationalen Parlamenten, wir müssen den Regierungen klarmachen, dass die Völker, die so Ungeheures gelitten haben, nicht gestatten werden, dass man einen Willkürfrieden schliesst. Die internationale Arbeiterschaft ist fest entschlossen, die Anwendung dieser Grundsätze durchzusetzen, und wird alle Mittel,

die ihr zur Verfügung stehen, anwenden, um sich jeder andersgerichteten Politik zu widersetzen.

Kautsky (Deutschland). Nun liegt hier eine Resolution vor von deutschen Mehrheitsgenossen über die elsässische Frage, in welcher die Volksabstimmung für das Elsass gefordert wird. Ich glaube auch, dass wir vom demokratischen Standpunkt aus die Volksabstimmung verlangen müssen. Es ist vielfach der kapitalistische und der feudale Standpunkt, der das Grundeigentum und das Eigentum überhaupt als die Hauptsache betrachtet und die arbeitenden Menschen als Zubehör. Unsere Auffassung ist umgekehrt: die Menschen sind das Entscheidende und das Grundeigentum, wie jedes andere Produktionsmittel, ist nur das Zubehör zum Menschen. Die besitzenden Klassen betrachten die Frage Elsass-Lothringens, wie jede andere Gebietsfrage, gewissermassen als einen Prozess um ein strittiges Gebiet. Die Franzosen sagen: wenn wir die Volksabstimmung annehmen, geben wir zu, dass wir kein Anrecht auf dieses Gebiet hatten und dass dieses Anrecht erst bestätigt werden musste durch eine Volksabstimmung. Wir aber als Demokraten müssen das Volk und nicht das Gebiet zur Hauptsache machen, und weil wir das Volk zur Hauptsache machen, müssen wir darauf bestehen, dass dieses Volk selbst sich ausspreche und entscheide. Wir müssen die Volksabstimmung fordern aus dem Grunde, dass endlich einmal der alte Streitpunkt zwischen Deutschland und Frankreich, die elsass-lothringische Frage, für immer begraben wird, dass der Friede geschlossen wird auf eine Weise, die auf diesem Gebiet wie auf allen andern Gebieten jeden Konfliktstoff ausschliesst. Die deutschen Nationalisten sind ja sicher heute auf das tiefste zerschmettert, aber sie sind nicht vollständig tot. Wir müssen danach trachten,

dass sie kein Mittel mehr finden, wieder neue nationalistische Agitation zu betreiben.

Aber der tschechische Antrag ist für uns vollständig unannehmbar. Er ist ein Bastard von zwei Prinzipien, die beide von dem internationalen Kongress abzulehnen sind. Auf der einen Seite beruft er sich auf das historische Recht und auf der andern Seite auf das Recht der Sprachenkarte. Das historische Recht ist hier bereits so genügend zerpfückt worden, dass ich darüber nicht zu reden brauche. Es ist selbstverständlich für uns, dass eine Revolutionspartei, die in der Gegenwart für die Zukunft lebt, sich nicht beengen, belasten darf durch die Vergangenheit. Selbstverständlich sind wir alle Kinder der Vergangenheit. Sie hängt uns an und beeinflusst uns alle. Aber binden lassen dürfen wir uns in keiner Weise durch die Vergangenheit. Auch nicht durch das historische Recht. Aber ebensowenig können wir uns binden lassen durch die Sprachenkarte.

Nun verlangt der tschechische Antrag nicht nur, dass wir die Sprachenkarte respektieren, sondern dass wir die Sprachenkarte der Vergangenheit respektieren. Er sagt aber nicht, die Sprachenkarte welchen Jahrhunderts eigentlich für uns massgebend sein soll, die des XIX. Jahrhunderts, des XVIII., des XVII. Jahrhunderts oder die Sprachenkarte von Christi Geburt. Gemeint ist, dass ganz Deutsch-Böhmen einmal tschechisch war und nur durch die Habsburger und die deutschen Kapitalisten entnationalisiert und deutsch geworden ist. Und das ist eine ganz falsche Ansicht. Ich spreche hier nicht als deutscher Patriot — das dürfen Sie mir glauben —, auch wenn es eine deutsche Sache ist, sondern ich erinnere mich wohl meiner Jugend, da ich als geborener Tscheche tschechischer Patriot war. Ich begreife es psychologisch sehr gut, wenn heute dieses misshandelte, niedergetretene

tschechische Volk in den Tagen seines Triumphes plötzlich über die Stränge schlägt und weiter geht als es sollte. Ich begreife das, aber ich möchte die tschechischen Genossen doch bitten, sich von dieser Stimmung nicht fortreißen zu lassen, sondern ihr energischen Widerstand zu leisten. Das böhmische Proletariat wird bald gezwungen sein, den Klassenkampf gegen die böhmische Bourgeoisie wieder aufzunehmen, um so mehr als dieser Bourgeoisie jetzt der Kamm geschwollen ist. Das Proletariat eines Landes kann erfolgreich den Kampf gegen die Bourgeoisie nicht führen, wenn es nicht international ist. Darum möchte ich Sie auffordern, darauf zu verzichten, sich national zu isolieren, sondern mit uns vereinigt und Schulter an Schulter mit dem deutschen Proletariat einzutreten in den Kampf, den wir führen, den Kampf des Sozialismus gegen den Nationalismus.

Renaudel (Frankreich). Über die grundsätzliche Seite ist Renaudel mit Kautsky durchaus einig. Der Wille der Völker ist für uns das Massgebende, nicht das Gebiet als solches. Das darf uns aber nicht verhindern, die positiven Einzelfälle genauer zu studieren. Aber auch auf eine andere Idee muss uns das überleiten: auf die Idee der nationalen Einheit. Jaurès hatte einmal gesagt, dass die Internationale nicht mit der Erniedrigung aller Nationen sich identifizieren dürfte. Die nationalen Probleme dürfen von der Internationale nicht vernachlässigt werden.

Er dankt Männern wie Kautsky, Eisner, Bernstein, die nicht die Internationale erst abgewartet haben, um zu erklären, dass die elsass-lothringische Frage nicht lediglich eine deutsche Frage sei. Die elsässisch-lothringische Frage ist eine Rechtsfrage. In Elsass-Lothringen ist der Wille des Volkes mehrfach

ausdrücklich bekundet worden. Das Elsass selbst hat seine Autonomie verlangt, um den Krieg vermeiden zu können, und nur deshalb. Die Pangermanisten verlangen heute das Plebiszit in Elsass-Lothringen, weil sie hoffen, dass Frankreich sich weigern würde und dass es damit den Pangermanisten einen prächtigen Agitationsgrund in die Hände spielen würde. Aus diesen Gründen wünschte auch ich, dass ein für allemal die Frage durch eine unzweideutige Willenskundgebung des elsässisch-lothringischen Volkes abgeklärt würde. In der Frage des linken Rheinufers kann es unter den französischen Sozialisten gar keine Meinungsverschiedenheit geben. Abgesehen von Elsass-Lothringen selbst, widersetzen sich die französischen Sozialisten jeder Annexion, ob sie nun politischen oder ökonomischen Charakter hat. Die französischen Genossen reichten in der Kammer eine Motion ein, die von der Kammer angenommen wurde und die sich gegen eine Besetzung des linken Rheinufers und gegen irgendwelche Annexion ausspricht, soweit sie sich mit dem Prinzip der Völkerliga nicht vereinigen lasse.

Longuet (Frankreich). Ich erinnere an die Versprechungen, die von den Regierungen schon so oft gemacht worden sind in bezug auf die Forderungen der Nationalitäten. Gegenüber einem chauvinistischen Sturm, der durch die Länder geht und sich vielenorts erhebt, müssen wir proklamieren, dass sich die Internationale nicht auf irgendeinen nationalen Standpunkt stellt, sondern auf den Standpunkt der ganzen Menschheit. Wir haben in erster Linie gemeinsame Interessen zu vertreten, denn es gibt noch höhere Interessen als diejenigen der bürgerlichen Parteien.

Ein Friede der Verständigung und der Gerechtigkeit soll geschlossen werden. Aber neue Unterdrückungen

und neue Ungerechtigkeiten können geschehen. Im Jahre 1871 ist ein solches Unrecht begangen worden, gegen das Bebel und Liebknecht damals energisch Protest erhoben haben. Engels hat damals geschrieben, das Proletariat betrachte alles das, was bei den Verhandlungen der Staaten beschlossen worden sei, als null und nichtig, an das es sich nie kehren werde.

Ich erlaube mir noch eine kurze Bemerkung in betreff der jüdischen Minoritäten in Rumänien. Der Berliner Vertrag ist diesen rumänischen Juden gegenüber nie beachtet worden, sondern in skandalösester Weise hat man die Juden in Rumänien unterdrückt und gequält. Was früher nicht geschehen ist, das müssen wir jetzt mit um so grösserm Nachdruck verlangen. Es handelt sich in Rumänien um eine Million Juden und um die Frage, ob aus dieser Million Juden eine Million Heloten gemacht werden soll.

Ramsay MacDonald (England). Namens der britischen Delegation halte ich darauf, die Resolution über die territorialen Fragen mit den verschiedenen Interessen des britischen Weltreiches in Übereinstimmung zu bringen und zu zeigen, wie sich die britische Delegation dazu stellt.

Ich unterscheide da drei Punkte, nämlich:

1. Die Frage der Nationalitäten, wie z. B. Irland und Indien.
2. Die Frage der Kolonien, die noch nicht imstande sind, sich selbst zu regieren, und
3. die Frage der Besetzung gewisser strategischer Punkte.

Was die Hauptfrage unter den für das britische Weltreich in Betracht kommenden Nationalitäten betrifft, die Frage von Irland, hat die Arbeiterpartei in

einer jeden Zweifel ausschliessenden Weise sich für die Selbstverwaltung Irlands ausgesprochen. Das irische Volk hat denn auch die Haltung der Arbeiterpartei stets anerkannt und war sich stets bewusst, in der Arbeiterpartei sowohl innerhalb als ausserhalb des Parlaments die Förderin seiner Wünsche zu erblicken.

Was Indien betrifft, hat die Arbeiterpartei alles getan, um die dortige Selbstverwaltung zu unterstützen. Ich verweise Sie insbesondere auf eine Resolution, die auf dem Kongress der britischen Arbeiterpartei im vorigen Jahre in Nottingham angenommen wurde. Diese Resolution lautet: „Der Parteitag schliesst sich der Politik der Selbstverwaltung in Indien an, da er glaubt, die Zeit sei gekommen, da unsere Brüder in allen Teilen Indiens in der Lage seien, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regulieren, wie auch unsere Brüder in Südafrika, in Australien und in andern britischen Besitzungen. Der Arbeiterparteitag verpflichtet sich hiermit, auf jede mögliche Weise zu helfen, dass diese so sehr zu wünschenden Reformen zustande kommen.“

Was die Frage der Kolonien anlangt, sowohl der indischen als derjenigen, die Deutschland im Kriege abgenommen worden sind, verweise ich auf das Memorandum über die Kriegsziele, welches die Konferenz der Arbeiter- und Sozialistenparteien der Ententeländer im Februar 1918 angenommen hat. In diesem Memorandum heisst es unter anderm in bezug auf die deutschen Kolonien:

„Die Konferenz ist der Ansicht, dass die Rückkehr dieser Kolonien zu denen, welche sie vor dem Kriege besessen haben, oder der Austausch oder die Entschädigung, welche durchgesetzt werden könnte, nicht ein Hindernis für den Friedensschluss bilden sollen. Diese Kolonien, die auf dem Wege der Eroberung von irgend-

einer der kriegführenden Mächte genommen wurden, müssen auf der Friedenskonferenz einer speziellen Erwägung unterworfen werden, an welcher die in Betracht fallenden Einwohner vertreten sein sollen. Der Friedensvertrag muss aber in diesem Punkte den Völkern aller Nationen die gleichen wirtschaftlichen Rechte garantieren und dadurch sicherstellen, dass niemand ausgeschlossen werde von der rechtmässigen Versorgung mit Rohstoffen, dass niemand verhindert oder benachteiligt werde in der Veräusserung seiner eigenen Produkte und an der ihm zukommenden wirtschaftlichen Entwicklung.

Eingeschlossen die ganze Gegend nördlich von Sambesi und südlich der Sahara, verurteilt die Konferenz jede imperialistische Idee, welche die Länder als Beute einer oder mehrerer Mächte behandeln oder zur Förderung militärischer Zwecke gebrauchen möchte. Im Hinblick auf diese Kolonien erhebt die Konferenz ihre Stimme zugunsten einer starken Kontrolle durch den Völkerbund oder einer internationalen Verständigung unter der Leitung des Völkerbundes zugunsten eines Systems, welches sich in grosszügiger Weise mit der Sicherung der wirtschaftlichen Freiheit und der Rechte der Eingebornen unter den für sie bestmöglichen Bedingungen beschäftigen würde.“

Dann heisst es weiter:

„Die Konferenz ist der Ansicht, dass der Friedensvertrag den Eingebornen aller Kolonien wirksamen Schutz gegen die Exzesse der Kolonialkapitalisten gewähren sollte. Die Konferenz verlangt die Gewährung administrativer Autonomie für alle Gruppen von Völkern, welche ein bestimmtes Mass von Zivilisation erreicht haben, und für alle ändern eine fortschreitende Teilnahme an der Lokalverwaltung.“

Was die dritte Frage anlangt, die Frage jener Punkte,

welche das britische Reich aus strategischen Gründen besetzt hat, gehe ich nur auf die Frage von Zypern ein. Zypern wurde während des russisch-türkischen Krieges von England besetzt, weil es dies für unerlässlich hielt zur Sicherstellung der Handelswege durch das Mitteländische Meer. Im Kriege hat sich Zypern jedoch von geringem Wert erwiesen, und es wird unter der Herrschaft des Völkerbundes überhaupt jeden strategischen Wert verlieren.

Die britische Arbeiterpartei ist durchaus bereit zuzugestehen, dass das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts auch für Zypern anerkannt wird.

Nachdem ich zu verschiedenen Fragen, soweit sie durch die hier vorliegende territoriale Resolution berührt sind, Stellung genommen habe, kann ich Ihnen erklären, dass die britische Delegation hier für diese Resolution stimmen wird, von dem Gedanken geleitet, dass nicht nur die andern Völker sich den Grundsätzen dieser Resolution fügen müssen, sondern dass diese Grundsätze auch vollständige Anwendung finden müssen auf das britische Reich, und weil sie der Ansicht ist, dass das britische Reich bei Anwendung dieser Prinzipien imstande sein wird, einen grossen Schritt vorwärts zu tun in der Befreiung aller ihm unterworfenen Völker.

Sakasoff (Bulgarien). Man hat mich gebeten, einige Worte zu Ihnen zu sprechen über das Schicksal des türkischen Volkes.

Es ist sehr ungerecht, wenn man dem türkischen Volke die Schuld aufladet für alle Massaker, welche seine Regierung veranlasst hat. Das türkische Proletariat hat soviel gelitten wie alle andern Völker. Die grösste Zahl unter den Millionen Türken, welche in der Türkei leben, sind Kleinbauern, welche ihre Augen auf

diese Konferenz richten, um eine Besserung ihres Schicksals zu erwarten.

Der Geist der Brüderlichkeit, welcher die Internationale beseelt, verlangt von uns, an das türkische Proletariat im Namen der Internationale einen Gruss zu senden.

Huysmans (Belgien). Es besteht kein Konflikt zwischen Belgien und Holland, besonders nicht zwischen belgischen und holländischen Sozialisten. Die Belgier verlangen freien Zugang zum Meer und zu den durch Belgien fliessenden Strömen. Das ist ihnen denn auch bereits zugesichert durch die Bestimmungen des Völkerbundes und durch die hier vorgeschlagene Resolution. Was Luxemburg betrifft, das bis 1838 zu Belgien gehört hat, so mögen die Luxemburger selbst darüber beschliessen. Wollen sie sich Belgien anschliessen, so wird Belgien sie willkommen heissen. Was nun die innere Frage Belgiens betrifft — die flämische Frage —, so wollen die Flämen und Wallonen zusammenbleiben. Die Flämen wollen sich nicht mit Holland vereinigen. Die Belgier haben ihre Unabhängigkeit teuer erkaufte, und sie wollen sie nun auch behalten. Sie verlangen freie Entwicklung ihrer nationalen Kultur, und dies ist ihnen zugesichert.

Internationales Arbeitsgesetz.

Henderson (England) geht davon aus, dass jetzt in allen Ländern eine grosse Unruhe und Unzufriedenheit unter den Arbeiterklassen zu bemerken ist, die er darauf zurückführt, dass so ziemlich in allen Ländern während des Krieges bei den Arbeiterklassen die Hoffnung erzeugt

worden ist, der Friede werde auch neue, bessere Arbeitsbedingungen bringen.

Es ist bekannt, dass in allen Industrien eines der wirkungsvollsten Argumente der Unternehmer das war, sich auf die schlechteren Bedingungen in andern Ländern zu berufen. Daher sei jetzt, so meint Henderson, eine nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit geboten, dieses Hindernis hinwegzuräumen. Es ist bekannt, dass schon seit Jahren auf internationalen Konferenzen sich verschiedene Länder dahin geeinigt haben, eine gewisse Einförmigkeit der Arbeitsbedingungen zu erstreben, soweit sie sich auf die Kinder- und Frauenarbeit erstrecken. Henderson hofft, dass die Pariser Konferenz dazu gelangen werde, in die Verfassung des Völkerbundes auch Bestimmungen aufzunehmen, die die Innehaltung derartiger internationaler Vereinbarungen auf internationalem Wege erzwingen. Er drückt weiter die Hoffnung aus, dass die Konferenzen der Liga nicht nur aus Vertretern der Staatsgewalt, sondern auch der organisierten Arbeiterschaft zusammengesetzt seien. Es wird auch nötig sein, den Umfang dieser internationalen Vereinbarungen zu erweitern. Bis jetzt haben sie sich nur auf die Kinder- und Frauenarbeit bezogen; sie müssen sich aber auch auf die Arbeit der erwachsenen Männer erstrecken. Es muss ein Maximal-Arbeitstag von höchstens 8 Stunden und ein Minimallohn vereinbart werden.

Shirkie (England) wünscht in den Anträgen der Kommission schärfere Massnahmen, durch welche die Völkerliga die Durchführung eines wirksamen Arbeiterschutzes erzwingen könnte. Der gegenwärtige Augenblick ist der entscheidendste und wichtigste in der Geschichte der Arbeiterklasse, da nunmehr ihre Konkurrenz beseitigt und die Arbeitsbedingungen ebenso international geregelt

werden sollen, wie es für Kapital und Grosshandel längst der Fall ist.

De Tomasso (Argentinien) stellt den Antrag, dass die Löhne entweder in Gold oder in Papiergeld mit festem internationalem Wert ausbezahlt werden sollten, um der Geldentwertung und den ungleichen Papiergeldkursen zu steuern und die Kaufkraft des Lohnes zu stabilisieren.

Janson (Deutschland) empfiehlt in längern Ausführungen das Programm für eine Arbeitercharte, das heute von der Gewerkschaftskonferenz genehmigt worden, und das zu seiner Durchsetzung in Paris der kräftigsten Unterstützung durch die Internationale bedarf.

Mae Gurk (England). Vor einigen Jahren hätte der Verband beschlossen, dass Jugendliche unter 18 Jahren nicht unter der Erde anzustellen seien, wenn sie nicht schon vor diesem Alter in den Minen gearbeitet hätten. Die vorgeschlagene Resolution spräche gegen dieses Verhalten. Es wäre in dem Vorschlag vorausgesetzt, dass diese Massnahme allein aus Sicherheitsinteressen genommen würde. Er möchte unterbreiten, dass, wenn Minenarbeit für Jugendliche gefährlich wäre, sie auch für Erwachsene gefährlich sei.

Was das vorgeschlagene Verbot gegen Frauenarbeit in den Bergwerken anbelange, sagt er, hätten sie in England seit ungefähr 50 Jahren keine Frauen unter der Erde arbeiten gehabt, doch Frauen, die „an Tag“ arbeiten, seit einiger Zeit in ihre Organisation aufgenommen. Sie glaubten diese Art Arbeit zuträglich und angenehm — viel mehr als manche Arbeit in geschlossener Fabrik.

Die britische Delegation wäre der Meinung, dass, sollte eine ständige Kommission zur Ausarbeitung des

Arbeitsgesetzes angesetzt werden, es nicht dem internationalen Gewerkschaftsverband überlassen werden dürfte, Repräsentanten zu ernennen, sondern den verschiedenen Organisationen in den verschiedenen Ländern.

Zum Schluss spricht er die Hoffnung aus, sie werden alle, anstatt die Idee anzunehmen, das Arbeitsgesetz sei erst innerhalb 20 Jahren zu erreichen, wie er es manche hätte bemerken hören, in ihre verschiedenen Länder zurückkehren und für eine baldmöglichste Realisation arbeiten.

Kunfi (Ungarn): Die Leiden, die das Proletariat in allen Ländern durchgemacht hat, geben ihm das Recht, seine Forderungen an die herrschenden Klassen und an die Regierungen zu stellen. Diese Forderungen werden die ganze Struktur der kapitalistischen Gesellschaft betreffen und können bei dem heutigen Stande des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit nicht anders ausgefochten werden als durch die Verwirklichung des Sozialismus und der Erringung der politischen Macht durch die gesamte Arbeiterklasse der ganzen Welt. Der gesetzliche Arbeiterschutz soll die ganze Arbeiterschaft wehrhaft machen für den Kampf und soll dazu beitragen, die Macht der arbeitenden Klassen in physischer und moralischer Hinsicht in der ganzen Welt zu heben.

Es ist klar, dass eine Arbeiterschutzgesetzgebung, dass der gesetzliche Arbeiterschutz um so wertvoller ist, je mehr reale Macht die Arbeiterklasse hinter ihre Forderungen stellen kann.

Wird der Sieg in einer Weise ausgebeutet, welche einzelne Länder in Not und Elend stürzt, wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht anerkannt, dann werden alle die schönen Beschlüsse, die in der Frage des Arbeiterschutzes auf dieser Konferenz oder auf derjenigen

in Paris angenommen werden, an den realen Tatsachen zerschellen.

Wird das beabsichtigte imperialistische Programm durchgeführt, dann wird in Ungarn ein Volk von Bettlern und Abenteurern herangezüchtet, welches die Ruhe Europas und den sozialen Fortschritt in ganz Osteuropa in viel höherem Masse stören wird als die vergangenen Wirren auf dem Balkan.

Die ungarische Republik hat das freie Koalitionsrecht statuiert, aber in den von der rumänischen Armee besetzten Teilen herrscht heute nicht das freie Koalitionsrecht, sondern die Prügelstrafe.

Ich erhebe diese Anklage vor dem Angesicht der Internationale und verlange ihren Schutz für das vergewaltigte ungarische Proletariat, wie auch für das rumänische Proletariat.

Mein Vorschlag geht dahin, der Kongress wolle beschliessen, solange die Friedenskonferenz nicht endgültig über die territorialen Fragen entscheidet, sollen die bestehenden Institutionen des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Gewerkschaften durch gewaltsame Okkupation und ihre Folgen nicht in ihrer frühern Tätigkeit gehemmt und nicht die sozialen Interessen der Arbeiterschaft den nationalen Interessen der Bourgeoise aufgeopfert werden.

Ständiges Exekutivkomitee und Fortsetzung der Tätigkeit der Konferenz.

Huysmans (Sekretär der Internationale) schlägt die Einsetzung einer Kommission vor, um die Arbeit des Kongresses weiterzuführen. Dies sei eine äusserst wichtige Frage. Bei der Diskussion der Schuldfrage z. B. hätten

die Delegierten den Eindruck gehabt, es müsse bald ein grösserer internationaler Kongress zusammentreten. Er mag im Juni, Juli oder August stattfinden, irgendwann, nur bald. Es sei wichtig, die Arbeit in der Zwischenzeit durchzuführen, und die Delegierten werden verstehen, dass das, was jetzt vorgeschlagen sei, nur einen temporären Wert habe. Huysmans sagt, in der Zwischenzeit gibt es viel zu tun. Er bedauert die Abwesenheit belgischer Delegierter, aber wir dürfen nicht zulassen, dass ihre Abwesenheit unser Werk beeinträchtige. Es gibt viel zu tun, um darauf zu sehen, dass die Grundsätze, die wir vertreten, durchgeführt werden. Die Wirkungen des Krieges selbst sind nur vorübergehend und er glaube, dass wir sehr bald die ganze Arbeiterklasse wieder vereint finden werden.

Mittlerweile, sagt er, müssen wir eine Zentralkommission haben, um zu beaufsichtigen, nötigenfalls zusammenzukommen und aus allen den verschiedenen Ländern Delegationen zu berufen. Darum habe er im Telegramm an die argentinische Partei gebeten, eine ständige Kommission zu entsenden. Sie hätten jetzt in Südamerika wichtige Arbeiter- und Sozialistenorganisationen und er sei sehr froh, dass die argentinischen Genossen mit uns wären.

Er dankt auch der britischen Delegation für ihre Initiative, den Zusammentritt der Konferenz zuwege gebracht zu haben. England sei hier durch den Gewerkschaftskongress, der 4 ½ Millionen Arbeiter repräsentiere, und die „Labour Party“, die 3 Millionen repräsentiere, vertreten. Weil er die Sache der Internationale befürwortete, verliess Henderson die britische Regierung und das britische Parlament; besonders er ergriff die Initiative, die Tagung dieser Konferenz fertigzubringen.

Die britische Delegation hat nun einen Vorschlag

gemacht, und wenn die Briten sich einmal eine Idee in ihre Schädel setzten, sei es sehr schwierig, sie wieder heraus zu bekommen: es liegt ihr viel daran, dass die Internationale auf einer gesunden Basis neu organisiert werde. Das alte Internationale Sozialisten-Bureau hat nicht die notwendigen Mittel, den Einfluss, den es haben sollte, auszuüben. Es hat ein Einkommen von Fr. 20,000 im Jahr. Um das Werk der Internationalen Sozialisten-Organisationen richtig auszuführen, ist ein jährlicher Kredit von mindestens einer Million Franken nötig.

Er verliest die Resolution. Dann:

Obgleich der Exekutiv-Körper klein ist, soll er die grössere Kommission zusammenrufen, wenn immer es nötig sei. Mit dieser Organisation wird es notwendig sein, einen grossen Internationalen Sozialisten-Kongress irgend wann im Sommer zu organisieren. An diesem Kongress kann die ganze Internationale auf einer gesunden Basis wiederhergestellt werden.

Verfeuil (Frankreich) erblickt das Ziel der Internationale darin, die Produktionsmittel in die Hände der arbeitenden Klasse zu bringen, wenn nötig durch die Diktatur des Proletariats. Wir haben hier zu viele Minister, die mit bürgerlichen Parteien zusammenwirken.

Stuart Bunning betont, dass die Delegierten der Kommission in der Konferenz bestimmt werden müssen, damit keine Zeit verloren geht.

De Tomasso verlangt für Argentinien eine Zweiervertretung.

Kriegsgefangenenfrage.

Wels (Deutschland) begründet die Resolution der deutschen Mehrheit, indem er die Konferenz auffordert, sich gegen die Behandlung der 800,000 deutschen und österreichischen Gefangenen als Sklaven auszusprechen.

Eisner (Bayern) sagt, dass die Deutschen kein Recht hätten, gegen die Behandlung der Gefangenen zu protestieren, nachdem sie selbst jahrelang in der Gefangenenbehandlung die grössten Misstände duldeten. Aber es sei ein Gebot der Menschlichkeit, dass alle Gefangenen so rasch wie möglich ihrem Volk zurückgegeben würden. Der Wiederaufbau Nordfrankreichs soll nicht durch Zwangsarbeit vollbracht werden, sondern durch die freiwillige Mitarbeit der deutschen Arbeiter, Techniker und Architekten. Er appelliert an die Regierungen der Entente, den entsetzlichen Zuständen der sibirischen Gefangenenlager ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Das deutsche Volk ist ernsthaft entschlossen, mit der Vergangenheit radikal zu brechen. Drum hat es ein Recht zu fordern, dass Menschlichkeit auch ihm gegenüber geübt werde.

Huysmans bittet die Konferenz, hier positive Arbeit zu leisten. Die Gefangenen der Entente sind in ihrer Heimat, die andern in der Gefangenschaft. Daraus ergibt sich für uns nur eine Forderung: Alle müssen zurückkehren.

Das russische Problem.

Ramsay MacDonald (England): Es handelt sich hier darum: 1. dem Sozialismus aller Länder die Richtung zu geben; 2. eine Warnung an alle Regierungen zu erlassen,

und 3. die Meinungen aller sozialistischen Parteien der Welt in freundschaftlicher Weise zu prüfen. Wenn die Herrschaft einer Minderheit unter Umständen politisch förderlich sein kann, so darf diese Herrschaft nur als Phase einer Revolution, niemals aber als Grundlage für die dauernde Errichtung einer Regierung als berechtigt anerkannt werden. Der Zweck jeder Revolution muss Freiheit und Demokratie sein. Jede andere Revolution ist verwerflich. Eine Revolution darf nicht bloss zerstörenden, sie muss aufbauenden Charakter haben. MacDonald wendet sich dann scharf gegen eine dauernde Bestrafung der besiegten Zentralmächte, die zu Zuständen der Anarchie führen und die Erscheinungen des Ostens nach Westen verpflanzen müsste. Über den Bolschewismus wird die Internationale erst nach Anhören der bolschewistischen Vertreter selbst definitiv urteilen können. Pflicht der Berner Konferenz aber ist es, zu erklären, dass die Demokratie, die Freiheit, die staatsrechtlichen Einrichtungen, die auf der Kontrolle des Volkes beruhen und mit ihm in steter Fühlung bleiben, dass vor allem die parlamentarischen Volksvertretungen die Grundlagen bleiben müssen für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.

Loriot. Der Gedanke einer Diktatur des Proletariats sei nichts Neues und entspreche den Grundsätzen der Internationalen. Die russische Revolution habe für das Proletariat mehr getan als alle bisherigen sozialen Bewegungen. Darum lehnen wir es ab, sie irgendwie brandmarken zu wollen.

Paul Faure (Frankreich) fragt sich, ob mit der begonnenen Debatte eine Offensive des Revisionismus oder des Ministerialismus gemeint sei. Ihr verlangt von uns,

eine soziale Revolution zu richten im Augenblick, wo sich alle reaktionären Mächte gegen diese Revolution zusammenballen.

Kautsky (deutsche Minderheit) wendet sich gegen die Resolution Adler, weil sie den Bolschewismus mit der russischen Revolution, mit dem russischen Proletariat identifiziert. Die hier vertretene russische sozialistische Partei hatte in der Konstituante die Mehrheit. Wieviele heute noch hinter den Bolschewiki stehen, lässt sich nicht sagen, da die Bolschewisten selbst das Proletariat Russlands hindern, sich öffentlich zu äussern. Einigkeit herrscht darüber, dass eine Kommission nach Russland gesandt werden soll. Diese soll aber nicht zunächst die Fehler der Bolschewisten studieren, denn die sind Nebensache. Was wir jetzt brauchen, ist das, dass die Produktion wieder in Gang kommt; die Frage ist nun die, ob das kapitalistische oder das sozialistische System dies fertig bringt. Versagt der Sozialismus, dann hat er einen Prozess verloren. Die Bolschewiki haben die grossen Industrien zerstört. Was sie Positives geschaffen haben, ist eine starke Armee, eine neue Form des Militarismus. — Der theoretische Teil der Resolution Branting sei eine Brandmarkung der Bolschewisten. Wie kann es dies sein, wenn die Bolschewisten selbst sich noch vor 1½ Jahren zu diesen Grundsätzen bekannt haben! Wir werden alle, Linke und Rechte, von den Bolschewisten als Verräter, Renegaten, Söldlinge des Kapitalismus gebrandmarkt. — In Russland spielt sich zurzeit der grosse Prozess zwischen dem Bolschewismus und dem demokratischen Sozialismus ab. Indem wir letztern unterstützen, nehmen wir den Ententeländern jeden Vorwand der Intervention. Ich hoffe, dass durch diese Debatte allgemein klar geworden ist, dass die Bolschewiki

nicht allein den russischen Sozialismus, sondern auch die russische Revolution verraten.

Bernstein (im Namen der deutschen Mehrheit) verwundert sich, an einem Sozialistenkongress keine Worte der Entrüstung darüber zu hören, dass man in Russland Genossen vieler internationaler Kongresse, die ihr Leben lang für den Sozialismus gekämpft haben, eingesteckt und ihrer Rechte beraubt hat. Der Bolschewismus ist die Gegenrevolution — in Russland wie in Deutschland. Sie mögen sich noch so wild, noch so radikal, noch so zerstörerisch bewegen. Das System des Bolschewismus ist der Tod der Errungenschaften der Revolution, es ist die Desorganisation, der Ruin des Landes. Die Bolschewiki, die geglaubt hatten, dem Kapitalismus den Todesstoss zu versetzen, sehen sich gezwungen, ihn wieder herzustellen. Eine neue Klasse von Kapitalisten kam auf, aber wahrhaftig keine bessere, sondern eine gewaltig schlechtere: die Spekulanten auf das Elend des Volkes. Sie haben die Korruption in Russland verstärkt und wollen sie in die Internationale hinaustragen — der Rubel geht auf Reisen, um Gesinnungen zu kaufen, wie unter dem Zarismus. Ich protestiere dagegen, dass man die Sozialisten in irgend einer Weise mit den Bolschewisten identifiziert.

Pressemane (Frankreich) reicht eine besondere Resolution ein, die auf dem Boden demokratischer Grundsätze steht und eine Mittellinie zwischen den Resolutionen Branting und Adler einzuhalten sucht.

Präsident Branting konstatiert zum Schluss mit Genugtuung, dass die Konferenz eine für den Wiederaufbau der Internationale nützliche Arbeit geleistet hat.

Die Internationale ist wieder lebensfähig. In einer Reihe allerwichtigster Fragen ist es gelungen, eine erfreuliche Einheitlichkeit der Meinungen zuwegezubringen: in der Völkerbundsfrage, die hoffentlich in Paris in demokratischem Geiste behandelt werden wird, in der grundsätzlichen Behandlung der territorialen Fragen, die sich unter der Kontrolle eines richtigen Völkerbundes im Sinne dieser Grundsätze ohne weitere Kriege sollten lösen lassen, und endlich in der für die gesamte Arbeiterschaft ausserordentlich wichtigen Arbeitercharte.

Die Resolutionen.*)

•) Offizieller Wortlaut, vom Sekretär der Konferenz angegeben.

I.

Resolution über die Schuldfrage.

1.

Die Genossen der deutschen Mehrheit haben in der Kommission zur weiteren Erläuterung ihres Standpunktes die folgende Erklärung abgegeben:

„Durch die Revolution hat das deutsche Proletariat das alte für den Krieg verantwortliche System gestürzt und zerstört. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie immer man im einzelnen über ihre Politik während des Krieges urteilen mag, jetzt durch die Tat ihren entschlossenen Willen bekundet, all ihre Kraft dem Aufbau der durch den Krieg zerrütteten Welt zu widmen und im Geist und Dienst der Internationale gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder im Völkerbund den Sozialismus zu erkämpfen.“

2.

Die Kommission schlägt Ihnen einstimmig folgende Resolution zur Annahme vor:

„Die Konferenz von Bern erkennt an, dass für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Krieges geklärt ist sowohl durch die Aussprache als auch durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des neuen Deutschland und dessen völlige Loslösung von dem für den Krieg verantwortlichen alten System bekundet hat. Indem die Konferenz die deutsche Revolution begrüsst und die Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeiführte,

sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale.

Die weiteren Erklärungen, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerbund abgegeben haben, überzeugen die Konferenz, dass von nun an die vereinigten Arbeiterklassen der ganzen Welt die stärkste Macht zur Niederhaltung jedes Militarismus und aller Versuche, die internationale Demokratie zu vernichten, verbürgen und bewahren werden.

Die Konferenz sieht in den auf ihr geführten Debatten eine fruchtbare Vorarbeit und überlässt es einem künftigen internationalen Kongress, dessen Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, über die weltgeschichtliche Frage der Verantwortlichkeiten das Urteil der Internationale zu fällen.“

II.

Resolution über die Gesellschaft der Nationen.

Die Vereinigung der Völker zu einer innigen Gemeinschaft gehört von Anfang an zu den vornehmsten Idealen der sozialistischen Internationale. Dieses Ideal wurzelt in der Solidarität der Proletarier aller Länder und in dem sozialistischen Endziel, das sich nicht national, sondern nur international verwirklichen lässt.

Der Weltkrieg hat das sozialistische Ideal, eine Gesellschaft der Nationen zu errichten, zu einer dringenden Aufgabe der Gegenwart auch für die nichtsozialistischen Politiker gemacht. Er hat gezeigt, dass bei der Höhe der militärischen Technik und des Verkehrs jeder Krieg die Tendenz hat, die ganze Welt in zwei feindliche Heerlager zu

verwandeln, die einander mit den grauenvollsten Mitteln der Zerstörung bis zur völligen Erschöpfung bekämpfen. Der jüngste Krieg hat die Welt an den Rand des Abgrundes gebracht. Der nächste würde sie völlig vernichten. Und schon die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg müssten die Welt zugrunde richten.

Dieses Unheil kann nur gebannt werden durch die Errichtung der Gesellschaft der Nationen.

Die Gesellschaft muss ausgehen von einem Rechtsfrieden, der keine neuen internationalen Konfliktstoffe schafft. Sie soll von den Volksvertretungen der verschiedenen Länder gebildet werden.

Die Nationen sollen im Zentralrat des Völkerbundes vertreten sein nicht durch Delegierte der Regierungen, sondern durch Delegierte der Parlamente, in einer Weise, die allen ihren Parteien eine Vertretung sichert. So wird der Völkerbund nicht ein Bund der Regierungen, sondern der Völker sein.

Alle auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung des Volkes aufgebauten Staaten müssen in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden.

Alle Mitglieder dieser Gesellschaft haben gleiche Rechte und gleiche Pflichten, die den Zweck haben, die Aktionskraft der Gesellschaft zu sichern.

Völkerschaften, die noch nicht zur Selbstbestimmung gelangt sind, sollen von der Gesellschaft der Nationen geschützt und in ihrer Entwicklung so gefördert werden, dass sie die Fähigkeit erlangen, Mitglieder der Gesellschaft freier Völker zu werden.

Die erste Aufgabe der Gesellschaft ist es, neue Kriege und alle Kriegsrüstungen zu verhindern. Sie hat alle stehenden Heere aufzuheben und schliesslich die völlige Abrüstung herbeizuführen. So lange das Bestehen einer bewaffneten Macht infolge der internationalen Verhält-

nisse notwendig ist, soll sie unter dem Befehl der Gesellschaft der Nationen stehen.

Die Gesellschaft der Nationen muss Einrichtungen schaffen, die durch Vermittlung und Schiedsspruch alle Streitigkeiten zwischen den Völkern entweder verhüten oder beilegen, auch solche Konflikte, die als Lebens- und Ehrenfragen bezeichnet werden. Dieses Schiedsgericht muss die Möglichkeit haben, jederzeit Grenzberichtigungen unter Befragung der Bevölkerung vorzunehmen, wenn solche sich als notwendig erweisen.

Sie wird auch darüber wachen, dass allen Nationalitäten, den Minoritäten wie den Majoritäten, die Durchführung der ihnen zu gewährenden Grundrechte gesichert wird.

Die Gesellschaft der Nationen muss über die Mittel verfügen, die ihr die Ausübung eines ökonomischen Druckes gestattet, um die Durchführung ihrer Entscheidungen erzwingen zu können, wenn es notwendig wird.

Eine weitere wichtige Funktion der Gesellschaft der Nationen besteht in der Verhinderung von Wirtschaftskrisen, durch die Einführung des Freihandels und der Verkaufsfreiheit, der offenen Tür in den Kolonien und der internationalen Kontrolle über die Weltverkehrsstrassen. Wenn einzelne Nationen Zollltarife einführen, müssen diese der Gesellschaft der Nationen zur Begutachtung vorgelegt werden. Und wo Zollltarife bestehen, soll ihre Aufrechterhaltung ebenfalls von der Zustimmung der Gesellschaft der Nationen abhängen.

Die Gesellschaft der Nationen soll internationale Verkehrswege direkt in ihre Verwaltung übernehmen.

Die Gesellschaft der Nationen muss Befugnisse erhalten, die ihr gestatten, sich zu einem Organ zu entwickeln, das die Erzeugung und Verteilung der Lebens-

mittel und Rohmaterialien der Welt so regelt, dass deren Produktion den höchsten Grad erreicht.

Zu den wirtschaftlichen Funktionen der Gesellschaft gehört auch die Herstellung, Weiterentwicklung und Durchführung eines internationalen Arbeiterrechts.

Die Bildung der Gesellschaft der Nationen wird jetzt unter dem Druck der Nachwirkungen des Krieges erfolgen. Die Gesellschaft der Nationen wird sich indes später, wenn diese Nachwirkungen schwächer werden, nur dann kräftig entwickeln und ihren grossen Aufgaben gerecht werden, wenn das internationale Proletariat mit voller Macht hinter ihr steht und sie vorwärtsdrängt. Je kräftiger die proletarische Bewegung in allen Ländern ist, je mehr sich das Proletariat seiner internationalen Aufgaben bewusst ist, je entschlossener die Proletarier in jedem Lande jegliche Machtpolitik der eigenen Regierung bekämpfen, je mehr Sozialismus sie verwirklichen und je kraftvoller sie die neue Internationale auffassen, um so gewaltiger und segensreicher werden die Wirkungen der Gesellschaft der Nationen sich gestalten.

III.

Allgemeine Resolution die territorialen Fragen betreffend.

Wie der Sozialismus die Befreiung des Einzelnen innerhalb der Gesellschaft in der Schaffung eines neuen Produktionssystems, welches die bürgerliche Ausbeutung aufhebt, erblickt, so ist er auch überzeugt, dass eine wirkliche Beseitigung nationaler Unterdrückung und Ausbeutung nur mit dem völligen Verschwinden der Klassenherrschaft möglich ist. Die wirkliche Befreiung der Natio-

nen muss ihre Befreiung vom Joche des Kapitalismus sein.

Aber wie die wahre politische Demokratie den Obrigkeitsstaat vernichten und die Mauern zwischen dem Volk und dem Staat wegschaffen könnte, so bedeutet sie auch in ihrer Anwendung auf die internationalen Verhältnisse die Abschaffung der Mauern zwischen den Nationen. Der Sieg der Demokratie in allen Ländern wird deshalb einen Riesenschritt vorwärts auf dem Wege der internationalen Verständigung bedeuten. Er legt die Schicksale der Völker in ihre eigenen Hände.

Die Konferenz sieht in einer demokratischen Lösung der Nationalitätenfrage die beste Gewähr für einen dauernden und gerechten Frieden. Die Vereinigung von Völkern, die einander widerstreben, zu einem Zwangsstaat war immer und wird immer eine Ursache von internationalen Verwicklungen und damit eine Gefahr für den Frieden sein. Die Nationalitätenfrage hat somit internationale Bedeutung und kann nur durch internationale Vereinbarungen, am besten im Rahmen eines Völkerbundes, gelöst werden. Den jetzt zutage tretenden Tendenzen, die Staatengrenzen unter Ausnützung der durch den Krieg geschaffenen Machtverhältnisse festzusetzen, stellt die internationale sozialistische Konferenz folgende Grundsätze gegenüber:

Die Konferenz fordert:

1. Geltung des Rechtes der Völker, ihr Schicksal und ihre staatliche Zugehörigkeit innerhalb des Rahmens des Völkerbundes selbst zu bestimmen;
2. In umstrittenen Gebieten Entscheidung über die Zugehörigkeit durch Volksabstimmung unter Kontrolle des Völkerbundes, der in letzter Instanz entscheidet;
3. Der Schutz der Nationalitäten, Minoritäten und Majoritäten, ist gesichert durch ein Minimum von fest-

gesetzten Rechten, ausgearbeitet von der Liga der Nationen. und von dieser bei ihrer Anwendung garantiert;

4. Bei Neubildungen von Staaten oder bei Neuangliederungen an schon bestehende Staaten muss der Völkerbund darüber wachen, dass allen von den Neugestaltungen berührten Nationen ihre wirtschaftlichen Lebensinteressen durch Handels- und Verkehrsverträge gesichert werden;

5. Die Möglichkeit, auch in Zukunft Grenzänderungen auf Wunsch von Völkern oder Volksteilen nach vorhergehender Volksabstimmung unter Entscheidung des Völkerbundes vorzunehmen;

6. Schutz der Bevölkerung der abhängigen Gebiete, Kolonien und Protektorate, durch die Gesellschaft der Nationen, die darüber wachen muss, dass Einrichtungen getroffen werden, die deren eingeborene Bevölkerung möglichst rasch zu staatlicher Selbstbestimmung entwickeln durch Gründung von Schulen, Gewährung zunächst lokaler Autonomie, Press-, Vereins- und Versammlungsfreiheit und anderer politischer Rechte.

Die Konferenz protestiert gegen jeden Versuch, die genannten Grundsätze zu verfälschen, und verwirft deshalb:

1. Das Recht des Siegers auf Beute, und alle Bündnisverträge, die einem Staate für seinen Eintritt in den Krieg einen Gebietszuwachs auf Kosten fremder Nationen zusichern;

2. die Festsetzung von Grenzen nach strategischen Gesichtspunkten;

3. gewaltsame oder verschleierte Annexionen auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblicher ökonomischer Notwendigkeiten;

4. die Schaffung von vollzogenen Tatsachen durch vorgreifende militärische Besetzung strittiger Gebiete;

5. Schaffung jeder ökonomischen oder politischen Einflussphäre.

Die Konferenz ruft die Proletarier aller Länder auf, mit aller Kraft auf ihre Regierungen einen Druck auszuüben, um diese Grundsätze bei dem Abschluss des kommenden Friedens zur Geltung zu bringen und diesen damit zu einem dauernden zu gestalten.

IV.

Demokratie und Diktatur.

A. Resolution der Kommission.

Die Konferenz begrüsst die gewaltigen politischen Revolutionen, die in Russland, Österreich-Ungarn und in Deutschland das alte imperialistische und militaristische System gebrochen und dessen Regierungen über den Haufen geworfen haben.

Die Konferenz fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-republikanische Einrichtungen zu entwickeln, in deren Rahmen die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft sich vollziehen kann.

In diesen entscheidenden Tagen, da das Problem der sozialistischen Neugestaltung der Gesellschaft mehr denn je unmittelbar gestellt ist, muss sich das arbeitende Volk einheitlich über den Weg, den es zu seiner Befreiung beschreiten muss, klar werden.

In voller Übereinstimmung mit allen Kongressen der Internationale steht die Berner Konferenz unerschütterlich auf dem Boden der Demokratie. Eine vom Sozialismus fortschreitend bestimmte Neugestaltung der Gesellschaft lässt sich nicht durchführen und erst recht nicht erhalten, wenn sie nicht in den von der Demokratie errungenen und weiter entwickelten freiheitlichen Grundsätzen fest ver-

ankert ist. Diese Grundsätze der Demokratie: Freiheit der Rede, Schrift und Versammlung, allgemeines Wahlrecht, verantwortliches parlamentarisches System, Einrichtungen, welche die Mitarbeit und die Entscheidung des Volkes sichern, Koalitionsfreiheit usw. geben zur selben Zeit dem Proletariat die demokratischen Werkzeuge seines Kampfes.

Die Konferenz will manchen Erscheinungen der Zeit gegenüber den aufbauenden Charakter der sozialistischen Wirtschaftsordnung stark hervorheben. Die Sozialisierung schliesst die planmässige Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige unter der Kontrolle der demokratischen Gesellschaft in sich ein. Die willkürliche Übernahme einzelner Betriebe seitens kleiner Gruppen von Arbeitenden ist nicht Sozialisierung, sondern Kapitalismus mit mehr Aktionären.

Ist nach Ansicht der Konferenz eine wirkliche sozialistische Entwicklung nur in Verbindung mit der Demokratie möglich, so muss auch von Anfang an die Methode einer Vergesellschaftung, die keine Aussicht hat, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen, unterbleiben. Um so gefährlicher wäre jeder Versuch einer solchen Diktatur, die sich selbst nur auf einen Teil des Proletariats stützt. Das kann nur zur Aufreißung des Proletariats im Bürgerkrieg führen. Das Ende wäre die Diktatur der Reaktion.

Die russischen Delegierten haben vorgeschlagen, die Konferenz möge eine Kommission von Vertretern aller sozialistischen Richtungen nach Russland senden, um die Internationale über die politische und wirtschaftliche Lage Russlands unparteiisch zu unterrichten. Die Konferenz ist sich der Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe wohl bewusst, aber bei dem allgemeinen Interesse, welches das Proletariat hat, die Wahrheit über jene revolutionären Gärungen zu erfahren, empfiehlt sie der permanenten

Kommission, eine solche Abordnung nach Russland zu senden.

Die Konferenz setzt auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses die Frage des Bolschewismus und beauftragt die Kommission, die notwendigen Vorarbeiten zu unternehmen.

Die Konferenz will aber auch schon jetzt nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass die Not und das Elend, die über die ganze Welt, am meisten über die besiegten Länder im Gefolge des Krieges gekommen sind, Zustände sozialer Zersetzung hervorrufen mussten. Statt den Bolschewismus als Schreckgespenst auszubeuten und jede Auflehnung verzweifelter Proletarier unter diesem Namen zu verleumden, sollten die Regierungen sich ihrer eigenen Verantwortung bewusst werden. Kontrerevolutionäre Kräfte regen sich überall. Die Konferenz warnt die jetzigen Machthaber, die das Schicksal der Welt in den Händen haben, vor einer imperialistischen Politik der militärischen oder wirtschaftlichen Knebelung der Völker. Sie ruft die Sozialisten der ganzen Welt auf, die Reihen zu schliessen, die revolutionären Völker nicht der internationalen Reaktion auszuliefern, sondern vielmehr alles aufzubieten, damit der Sozialismus und die mit ihm unlösbar verbundene Demokratie überall siegen möge.

B. Resolution Adler-Longuet.

Der Hauptgesichtspunkt der Politik, die wir während der ganzen Dauer des Krieges unermüdlich und energisch vertreten haben, war die Wiederherstellung der internationalen Front des klassenbewussten revolutionären Proletariates. Dieser unser grundlegender Standpunkt bestimmte auch unser Verhalten an der Berner Konferenz.

Wir konstatieren, dass die Berner Konferenz im wesentlichen nicht durch den Inhalt ihrer Beschlüsse

die Kritik herausfordert, sondern dadurch, dass diese Selbstverständlichkeiten zu spät, nicht während des Krieges, sondern erst nach dessen Abschluss zustande kamen.

Eine Ausnahme bildet die Resolution über „Demokratie und Diktatur“. Dieselben Elemente, die 4½ Jahre passiv und aktiv die internationale Aktion gegen den Krieg hemmten, die auf jede internationale Konferenz glaubten verzichten zu dürfen, haben es nun sehr eilig, die Konferenz zu einer Aktion zu verwenden, die die Schwierigkeiten der Internationale notwendig vermehren muss. Wir verwahren uns gegen jede wie immer geartete Brandmarkung der Zustände in der russischen Soviet-Republik, da wir keinerlei zureichende Grundlage der Beurteilung besitzen, und wir nur das eine mit Sicherheit wissen, dass die schändliche Lügenmache, in der die Depeschagenturen der Zentralmächte und der Entente während des Krieges miteinander wetteiferten, gegenüber der russischen Soviet-Republik ungeschwächt fortgesetzt wird. Wir wollen bei der Beurteilung politischer Bewegungen nicht die Opfer offizieller Verleumdungskünste werden. Wir können uns aber leider auch nicht auf die Berichte der an der Konferenz anwesenden russischen Genossen, die nur eine Minderheit des russischen Proletariats vertreten, allein stützen. Ohne deren guten Glauben anzweifeln zu wollen, müssen wir verlangen, dass die Internationale an dem alten Grundsatz festhält, dass beide Seiten gehört werden müssen, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

Die Berner Konferenz ist ein erster, noch sehr schwacher Versuch internationalen Zusammenwirkens. Ganze Parteien, wie die italienische, die serbische, die rumänische, die schweizerische halten sich ferne. Andere haben sich nur schweren Herzens zur Teilnahme entschlossen. Wir

haben vor jedem Beschluss gewarnt, der die Vereinigung der Proletarier aller Länder in Zukunft erschweren muss. Wir wünschten die Türe offenzuhalten den klassenbewussten revolutionären sozialistischen Parteien aller Länder. Man hat unsere Warnungen nicht gehört. Wir wollen nicht zu Mitschuldigen einer Aktion gegen die Internationale werden und stimmen gegen die Resolution, da gewisse Abschnitte von der Bourgeoisie gegen die russische Revolution ausgebeutet werden können.

V.

Internationale Arbeitsgesetzgebung.

Die Kapitalistenklasse sucht unter dem System der Lohnarbeit ihren Profit zu erhöhen durch die möglichst hochgesteigerte Ausbeutung der Lohnarbeiter durch Methoden, die, wenn sie keine Schranken finden, die physische, moralische, intellektuelle Kraft der Arbeiter und ihres Nachwuchses untergraben und damit den Aufstieg der Gesellschaft verhindern, ja ihren Bestand selbst gefährden. Gänzlich aufgehoben werden kann das kapitalistische Streben nach Degradierung der Arbeiterschaft nur durch Aufhebung der kapitalistischen Produktion. Aber es kann vorher erheblich eingeschränkt werden, sowohl durch den Widerstand der Arbeiterorganisation wie durch das Eingreifen der Staatsgewalt. Durch diese Einschränkungen soll die Gesundheit der Arbeiter geschützt, ihr Familienleben erhalten und ihnen die Möglichkeit der Bildung gegeben werden, deren sie bedürfen, um in der modernen Demokratie ihren Pflichten als Staatsbürger nachkommen zu können.

Die Schranken, die der Kapitalismus findet, sind in den verschiedenen Staaten sehr verschieden. Diese Unter-

schiede gefährden durch die Schleuderkonkurrenz der zurückgebliebenen Länder die Industrie und die Arbeiterschaft der vorgeschrittenen. Die Ausgleicheung der nationalen Unterschiede des Arbeiterschutzes durch ein System internationaler Arbeiterschutzgesetzgebung ist längst dringend notwendig geworden. Es wird doppelt notwendig nach den ungeheuren Umwälzungen und den entsetzlichen Verwüstungen an Volkskraft, die der Krieg und seine Wirkungen gebracht haben. Gleichzeitig aber bringen seine Konsequenzen auch die Möglichkeit, der Notwendigkeit zu genügen durch die Bildung der Gesellschaft der Nationen, vor der wir stehen.

Die in Bern tagende internationale Konferenz verlangt, dass die Gesellschaft der Nationen die Schaffung und Durchführung eines internationalen Arbeiterschutzes zu einer ihrer unerlässlichen Aufgaben macht. Die Konferenz fordert unter Hinweis auf die Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenzen von Leeds und Bern und unbeschadet weitergehender Beschlüsse der Gewerkschaften, dass die folgenden, in einzelnen Ländern bereits teilweise durchgeführten Mindestforderungen durch die Gesellschaft der Nationen beim Friedensschluss zu internationalem Rechte erhoben werden.

1. Obligatorisch ist die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht in allen Ländern mit dem Ziele, die allgemeine berufliche Bildung vorzubereiten. Die allgemeine Fachschule ist in allen Ländern einzuführen. Die höhere wissenschaftliche Bildung muss frei und allen zugänglich sein. Die Fähigkeiten und Neigungen der jungen Leute dürfen durch ihre materiellen Existenzbedingungen nicht behindert werden. Kindern unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.

2. Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen täglich höchstens 6 Stunden beschäftigt werden mit einer

anderthalbstündigen Ruhepause nach höchstens vier stündiger ununterbrochener Arbeitszeit. Fach- und Fortbildungsschulunterricht ist für männliche und weibliche Jugendliche mindestens 2 Stunden täglich einzurichten und in die Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zu legen. Den Jugendlichen muss die Zeit zum Besuche des Unterrichts freigegeben werden. Die Beschäftigung von Jugendlichen ist zu verbieten: in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens; an Sonn- und Feiertagen; in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, in Bergwerken bei Arbeiten unter Tage.

3. Die Arbeitszeit für Arbeiterinnen darf an den Samstagen vier Stunden nicht überschreiten. Der Samstag-Nachmittag ist den Arbeiterinnen von 12 Uhr mittags freizugeben. Wo Ausnahmen nach Art des Betriebes erforderlich sind, ist eine entsprechende Ruhepause in jeder Woche zu gewähren. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nachtzeit ist zu verbieten. Den Unternehmungen ist zu verbieten, den Arbeiterinnen nach beendeter Arbeitszeit weitere Arbeit nach Hause mitzugeben. Die Beschäftigung von Frauen in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, deren Gesundheitsgefahren nicht beseitigt werden können, und in Bergwerken unter Tage ist generell zu verbieten. Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen Frauen im ganzen während 10 Wochen — nach der Niederkunft jedenfalls wenigstens 6 Wochen — nicht gewerblich beschäftigt werden. Die Einführung der Mutterschaftsversicherung mit einer Mindest-Entschädigung in der Höhe des gesetzlichen Krankengeldes ist allen Staaten zur Pflicht zu machen. Für gleiche Arbeitsleistung ist Frauen der gleiche Lohn wie Männern zu bezahlen.

4. Die Arbeitszeit darf für alle Arbeiter 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich nicht übersteigen;

die Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist gesetzlich zu verbieten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf die Nachtarbeit angewiesen sind. Der freie Samstag-Nachmittag ist in allen Ländern anzustreben.

5. Den Arbeitern ist generell wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 36 Stunden gesetzlich zu gewährleisten, die in die Zeit von Samstag bis Montag früh zu verlegen ist. Wo infolge der Art des Betriebes Ausnahmen von dieser Sonntagsruhe erforderlich sind, ist die ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden an Wochentagen zu gewähren. In kontinuierlichen Betrieben ist die Schichtregelung so zu treffen, dass die Arbeiter abwechselnd mindestens jede zweite Woche den Sonntag frei haben. Auf Länder, sowie Bevölkerungsgruppen, die einen andern wöchentlichen Ruhetag haben, finden obige Bestimmungen sinngemässe Anwendung. Eine höhere Bezahlung der Nacht- und Sonntagsarbeit ist durchzuführen.

6. Zum Schutze der Gesundheit und zur Verhütung von Unfällen ist die Arbeitsdauer in gesundheitsgefährlichen Betrieben, je nach dem Grade der Gefahr auf weniger als 8 Stunden festzusetzen. Die Verwendung giftiger Stoffe in der Industrie ist zu verbieten, sobald ihr Ersatz möglich ist. Eine internationale Liste solcher Stoffe ist fortdauernd zu führen und ihre Beachtung zu vereinbaren. Das sofortige Verbot der Verwendung von giftigem weissen (gelben) Phosphor in der Zündholzindustrie, von Bleiweiss bei Innen- und Aussenanstrichen ist durchzuführen. Die Eisenbahnwagen aller Länder müssen binnen fünf Jahren mit einem einheitlichen, für alle Wagen anwendbaren System einer automatischen Kuppelung versehen sein.

7. Alle Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete

des Arbeiterschutzes sind sinngemäss auf die Heimindustrie anzuwenden. Die Sozialversicherung ist auf die Heimindustrie auszudehnen. Die Heimarbeit ist zu verbieten: 1. für alle Arbeiten, bei denen schwere Gesundheitsschädigungen oder Vergiftungen vorkommen können; 2. für die Lebens- und Genussmittelindustrie, einschliesslich der Herstellung der zu ihrer Verpackung bestimmten Düten, Beutel und Kartonnagen. Die obligatorische Anzeige aller ansteckenden Krankheiten ist für die Heimindustrie anzuordnen. Arbeitsverbot in solchen Wohnungen und Entschädigung der davon betroffenen Arbeiter. Die ärztliche Inspektion der in der Heimindustrie tätigen Minderjährigen ist ebenso wie eine Wohnungsinspektion in allen Ländern durchzuführen. Die obligatorische Listenführung und Listenkontrolle sind für sämtliche Arbeiter und Zwischenmeister in der Heimindustrie, ebenso die Führung von Lohnbüchern für alle Arbeiter zu vereinbaren. In allen Heimindustriebezirken sind paritätisch zusammengesetzte Lohnämter zu errichten, mit der Aufgabe, rechtsverbindliche Lohnansätze festzusetzen. Die Lohnlisten sind in den Arbeitsräumen aufzuhängen.

8. Den Arbeitern ist in allen Ländern ein freies Koalitionsrecht zu gewähren. Gesetze und Verordnungen (Gesindeordnungen, Koalitionsverbote usw.), welche einzelne Arbeitergruppen in eine Ausnahmestellung gegenüber andern Arbeitergruppen bringen oder ihnen das Recht der Koalition und der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen, so das Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, vorenthalten, sind unzulässig und wo sie bestehen, zu beseitigen. Eingewanderte Arbeiter geniessen die gleichen Rechte hinsichtlich Teilnahme und Betätigung in der gewerkschaftlichen Organisation, einschliesslich des Streikrechtes, wie die einheimischen Arbeiter. Die Behinderung der

Ausübung des Koalitionsrechtes ist zu bestrafen. Der ausländische Arbeiter hat Anspruch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die von der Gewerkschaftsorganisation mit den Arbeitgebern seines Berufes vereinbart sind. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, gelten auch für den fremden Arbeiter die ortsüblichen Löhne und Arbeitsbedingungen seines Berufes.

9. Der Erlass von Auswanderungsverboten ist unzulässig. Der Erlass genereller Einwanderungsverbote ist unzulässig. Von dieser Bestimmung werden nicht berührt: a) Das Recht jedes Staates, in Zeiten wirtschaftlicher Depression zeitweilige Beschränkungen der Einwanderung zum Schutze sowohl der einheimischen als der einwandernden fremden Arbeiter anzuordnen. b) Das Recht jedes Staates, zum Schutze seiner Volksgesundheit die Einwanderung zu kontrollieren und diese eventuell zeitweilig zu untersagen. c) Das Recht jedes Staates, zum Schutze seiner Volkskultur und zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes in den Betriebszweigen, in denen vorwiegend einwandernde Arbeiter beschäftigt werden, gewisse Mindest-Forderungen an die Kenntnisse des Einwanderers im Lesen und Schreiben in seiner Muttersprache zu stellen. Doch sind diese Ausnahmen nur im Einvernehmen und unter Kontrolle der unter Punkt 15 angeführten Kommission zulässig. Die vertragsschliessenden Staaten verpflichten sich, in ihre Gesetzgebung schleunigst Bestimmungen aufzunehmen, die die Anwerbung von Kontraktarbeitern für das Ausland und die Tätigkeit gewerblicher Stellenvermittler zum gleichen Zweck sowie die Zulassung von Kontraktarbeitern verbieten. Die vertragsschliessenden Staaten verpflichten sich, die Arbeitsmarktstatistik auf der Grundlage der öffentlich organisierten Arbeitsvermittlung aufzubauen und durch eine internationale Zentrale in möglichst

kurzen Zwischenräumen auszutauschen, um die Arbeiter vor Zureise nach Ländern mit geringer Arbeitsgelegenheit zu schützen. Diese Berichte sind insbesondere den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zugänglich zu machen. Kein Arbeiter darf wegen gewerkschaftlicher oder beruflicher Handlungen ausgewiesen werden. Gegen alle Ausweisungsbefehle ist Berufung an ein ordentliches Gericht zulässig.

10. In Arbeitsgebieten, in denen der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters oder einer Arbeiterin zu einer gesitteten Lebensstellung nicht hinreicht und in denen der Abschluss von Lohnvereinbarungen durch Arbeiterverbände sich als unmöglich erweist, sind von den Landesregierungen Lohnämter mit gleichmässiger Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber zu errichten mit der Aufgabe, rechtsverbindliche Lohnansätze festzustellen. Ausserdem sollen die vertragschliessenden Staaten so schnell als möglich eine internationale Konferenz einberufen, die wirksame Massnahmen gegen die Herabsetzung der Kaufkraft der Löhne treffen und deren Auszahlung in einem nicht entwerteten Gelde sicherstellen soll.

11. Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sind die bestehenden Arbeitsnachweise in jedem Lande derart miteinander in Verbindung zu setzen, dass eine möglichst vollständige und rasche Übersicht über Stellenangebot und Stellennachfrage erzielt werden kann. Es ist eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in jedem Lande zu schaffen.

12. Alle Arbeiter sind vom Staate gegen Berufsunfälle zu versichern. Über das Ausmass der Ansprüche der Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen ist das Gesetz des Ortes, in dem der Betrieb liegt, in welchem der verunfallte Arbeiter beschäftigt war, massgebend. Die Witwen- und Waisen-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung ist

durchzuführen und erstreckt sich auf in- und ausländische Arbeiter in gleicher Weise. Dem ausländischen Arbeiter kann, wenn er das Land der Beschäftigung verlässt, an Stelle einer Rente eine Abfindungssumme gewährt werden, sofern hierüber völkerrechtlich-verbindliche Verträge zwischen Heimatstaat und Beschäftigungsstaat abgeschlossen worden sind.

13. Für den internationalen Beruf der Seeleute ist ein besonderes, internationales Seemannsrecht und ein Seemannschutz unter Mitwirkung der Organisation der Seeleute zu schaffen.

14. Die Durchführung dieser Bestimmungen ist in erster Reihe Sache der Arbeitsverwaltung jedes Staates und seiner Beamten der Gewerbeaufsicht. Diese sind sowohl aus den Kreisen technisch, hygienisch und wirtschaftlich vorgebildeter Sachkenner als aus den Reihen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten zu berufen. Die Gewerkschaften sind zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes heranzuziehen. Die Unternehmer, die mindestens fünf fremdsprachige Arbeiter beschäftigen, sind gesetzlich zu verpflichten, die Arbeitsordnungen und alle sonstigen wichtigen Bekanntmachungen in der Muttersprache dieser Arbeiter auszuhängen sowie auf eigene Kosten dafür zu sorgen, dass diese Arbeiter in der Landessprache unterrichtet werden.

15. Zur Durchführung dieses Vertrages und zur weiteren Förderung des internationalen Arbeiterschutzes errichten die vertragschliessenden Staaten eine ständige Kommission, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Staaten des Völkerbundes und des internationalen Gewerkschaftsbundes besteht. Die Kommission hat die von den Vertragsmächten beschickten, alljährlich abzuhaltenden Konferenzen zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes vorzubereiten und zu berufen. Die

Hälfte der stimmberechtigten Konferenzteilnehmer muss aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen. Die Konferenzen können bindende Beschlüsse im Rahmen der ihnen zugewiesenen Kompetenzen fassen. Die ständige Kommission hat mit dem internationalen Arbeitsamte in Basel und dem internationalen Gewerkschaftsbund in dauerndem Zusammenwirken zu bleiben.

VI.

Resolution in Sachen der Kriegsgefangenen.

Die Internationale Konferenz appelliert an das Menschlichkeitsgefühl der alliierten Regierungen und erwartet:

1. dass die kranken und verwundeten Kriegsgefangenen sofort heimtransportiert werden;
2. dass Massnahmen erwogen werden, um die möglichst rasche Repatriierung der Gefangenen vorzunehmen, sobald die allgemeine Diskussion über die Friedenspräliminarien eingesetzt hat;
3. dass Spezial-Kommissionen autorisiert werden, die Kriegsgefangenenlager zu besuchen und sich mit der Organisation des Heimtransportes zu befassen.

VII.

Resolution über die Fortsetzung der Konferenzarbeit.

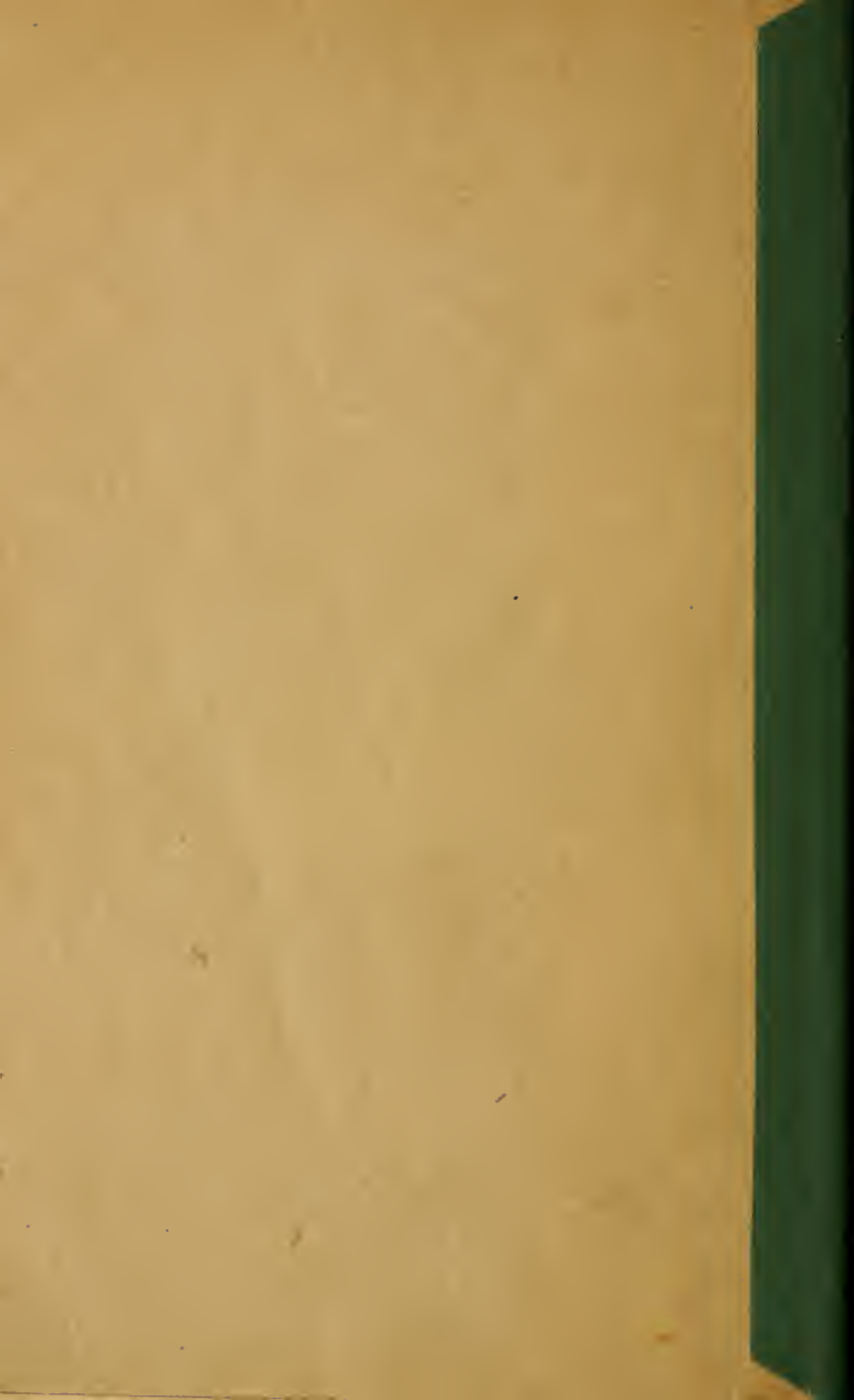
Die Konferenz beschliesst, ihre Arbeit in einer Weise fortzusetzen, die den Arbeiter- und Sozialistenbewegungen aller vertretenen Länder den grösstmöglichen Einfluss

auf Paris ausüben lässt. Sie gibt zu, dass der Krieg Missverständnisse und schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten geschaffen hat. Sie hegt aber die Hoffnung, dass sich die Arbeiterklassen bald unter den Grundsätzen der Internationale vereinigen werden.

Eine Kommission, aus je zwei Vertretern aller Organisationen, mit einer Exekutive, die in allen Fällen auftritt und aus Branting, Henderson und Huysmans besteht, wird die Ausführung der Beschlüsse dieser Konferenz überwachen, sie wieder einberufen, wenn immer die Entscheidungen der Pariser Konferenz es nötig machen, die Vorbereitungen zu einer neuen Konferenz treffen und alle Schritte machen, die notwendig sind, um in kürzester Zeit die Wiederherstellung der Internationale zu erreichen.

H
a
j
e
B
t
i
n
n
w

M
e



HX
13
I57
1919

De Kay, John
Der Geist der
Internationale in Bern,
([n.d.])

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW



D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 13 02 08 12 009 7